

OHNE
KRAWALL
KEINE ZUKUNFT!



Vorwort

Nachdem wir uns den Sommer über auf zahlreichen Camps die Zeit vertreiben konnten, läuft langsam auch die lokale Protest-Saison wieder an. In dieser Ausgabe erwartet euch der Aufruf zur Antira Demo am 3.11 und mehrere Texte zu den Mietkämpfen im November. Auch die Gedenkdemo in Mölln solltet ihr euch vormerken, hin da! Einen längeren Text zu der Situation von Thomas Meyer Falk haben wir aus Bielefeld zugeschickt bekommen, seht selbst.

Noch immer vermissen wir schmerzlich eine Auswertung der Geschehnisse rund ums Schanzenfest, aber wir hoffen weiter ;-)
Für viel Freude hat die Aktion gegen die Justizsenatorin in der Brigittenstraße gesorgt. Wir wünschen einen unruhigen Schlaf und die Mopo beglückwünschen wir zu ihrer spaßigen Berichterstattung. Das hätten wir nicht besser hin bekommen.
Ansonsten: Spende, Spenden, Spende... wir wollen euer Weinachsgeld!
Einsendeschluss für die nächste Ausgabe: 20.12.2012!

Die Redaktion



Inhalt — **Seite**

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

Die AVV existiert nicht mehr

Nachdem die monatliche Vollversammlung am 15.10. zum vierten Mal in Folge wegen zu geringem Interesse ausfallen musste, haben wir gemeinsam das Prpjekt beendet.
Die wenigen die gekommen sind, fanden das Projekt zwar im Grunde sinnvoll, aber wenn es zu wenig Menschen gibt, die das auch so sehen, macht ein weiteres Dahinschleppen keinen Sinn.
Die zweieinhalb Jahre, die die AVV existierte, bestand ein großes Problem darin, dass sich organisierte Gruppen kaum beteiligten. Auch das führte dazu, dass Diskussionen vielfach anstrengend und wenig weiterführend verliefen.
Selbstverständlich wollen (und können) wir niemanden abhalten, ein ähnliches Treffen bei Bedarf und Wunsch erneut zu starten.

####################################

Anna und Arthur halten´s Maul! - Seit 25 Jahren!

Aus diesem Anlass wird es am 30.11. im Centro Sociale (Sternstraße 2) eine feierliche Ausstellungseröffnung mit alten Plakaten und Texten sowie einer druckneuen Textsammlung geben. Happy Birthday!

####################################

Sylvester zu den Knästen! Achtet auf Ankündigungen!

####################################

28.11. Solikonzert für die Kampagne Flora bleibt unverträglich und das Schanzenfest 2012

Auf dem diesjährigen Schanzenfest wurde Geld gesammelt für die Proteste in Griechenland, mit dem Konzert sollen die gesammelten Spenden aufgestockt werden und die Kampagne Flora bleibt unverträglich unterstützt werden.
Mit kettcar aus Hamburg und Jukebox the Ghost aus den USA.

####################################

Solidarität mit Can Piella in Barcelona!

Die Rote Flora in Hamburg solidarisiert sich mit „Can Piella“, ein seit 3 Jahren besetztes Hausprojekt am Stadtrand von Barcelona.
Für Sonntag den 14.Oktober ist durch die spanischen Behörden die Räumung angekündigt worden. Wieder einmal wird versucht selbstverwaltete Projekten den Garaus zu machen. Wir sind wütend, aber auch nicht überrascht darüber, dass ein Projekt, welches in der bestehenden Zeit autonomes leben durch selbstverwaltete Projekte ermöglicht nun neoliberalen und privaten Interessen weichen soll.
Angesichts der aktuellen Spanischen Sparpolitik, wo die Arbeitslosenquote junger Menschen seit Jahren bei über 50 Prozent liegt, wird diese Begründung 'Privateigentum' für die bevorstehende Räumung zur Realsatire.In all den Jahren hat Can Piella es geschafft eine Lücke zu füllen, die die spanische Sozialpolitik nicht zu füllen vermag und auch nicht beabsichtigt zu tun.. Des Weiteren ist Can Piella ein Ort, an dem politische,soziale, ökologische und wirtschaftliche Alternativen zu den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen entworfen und praktiziert worden sind.
Viva Can Piella, wir schicken euch Kraft und Solidarität von Hamburg nach Barcelona!

Plenum der Roten Flora 10.10.12

####################################

Antifaschistische Spontandemo in Bergedorf

heute um 18h traf sich am bergedorfer bahnhof eine gruppe von etwa 30 menschen, um unangemeldet und spontan durch die bergedorfer innenstadt zu demonstrieren.
grund für die demo war der angriff, der sich am letzten freitag bei der einweihung des mahnmals zum Gedenken an die in bergedorfer betrieben ausgebeuteten zwangsarbeiter_innen ereignete:
kurz nach enthüllung des denkmals griff der bergedorfer neonazi frank a. die aus polen angereisten Gäste mit reizgas an, mehrere von ihnen mussten daraufhin in der notaufnahme behandelt werden.
wir sind wütend und betroffen über diesen angriff. bei frank a. handelt es sich um einen bekannten und überzeugten neonazi. in einigen medien wurde diese tatsache heruntergespielt und der angriff als tat eines psychisch verwirrten einzeltäters abgetan. diese darstellung ignoriert, dass ein gesamtgesellschaftliches klima von alltagsrassismus vorherrscht, dass das tagtägliche vorkommen von übergriffen wie diesem überhaupt erst ermöglicht.
wir haben gegen diese verharmlosung rechter gewalt in bergedorf und anderswo demonstriert und solidarisieren uns mit den betroffenen des angriffs.

nach der auftaktkundgebung vor dem bergedorfer bahnhof zog die demo durch die alte holstenstraße und die fussgängerzone bis zum mohnhof und anschliessend zum mahnmal am schleusengraben, dabei wurden antifaschistische handzettel, die über die zusammenhänge informierten, an interessierte bürger_innen verteilt.
wie realitätsfern die einzeltätertheorie ist zeigte sich, als die demonstration ihren schlusspunkt, das mahnmal, erreichte. einige der dort anwesenden jugendlichen bepöbelten die demonstrationsteilnehmer und einer bespuckte die gedenkplakette vor dem mahnmal. nachdem sie mit ihrem verhalten konfrontiert wurden, entzogen sie sich einer diskussion.wir werden dem rassistischen normalzustand weiterhin auch unangemeldet entgegentreten!
keinen fußbreit den faschisten in bergedorf und sonstwo!

####################################

WUT IM BAUCH!

Du musst nicht sonderlich aufmerksam oder sensibel sein um festzustellen, dass das, was uns hier alltäglich umgibt, alles andere als Freiheit ist. Klar, wer Kohle hat, wer am richtigen Ort geboren ist, wer den Mund hält und funktioniert, hat keine Probleme. Wir haben aber ein Problem mit dem, was uns in diesem System als Normalität vorgesetzt wird. Wir haben ein Problem damit gesagt zu bekommen was gut oder schlecht für uns ist, was wir zu tun oder zu lassen haben. Wir haben ein Problem damit, wenn Menschen kontrolliert, überwacht und eingesperrt werden. Wir haben ein Problem mit den Grenzen, den Papieren, Gesetzen und all dem, was nur für die Gewinner dieses Systems und gegen alle anderen funktioniert. Wir ha¬ben ein Problem damit, uns Tag für Tag zugunsten anderer ausbeuten zu lassen. Wir haben ein Problem danach beurteilt zu werden, wie profitabel wir sind und was wir besitzen.
Wir haben ein Problem mit der Autorität und jeglicher Herrschaft!
Mit Wut im Bauch für die Revolte!

WUT im BAUCH! ist ein anarchistisches Monatsblatt, dass du in Hamburg in den Straßen, an Haltestellen, im Bus oder in der Bahn, in Bars und Läden findest. Es spricht von Aktuellem und Allgemeinem, von Momenten der Rebellion, von Ideen gegen diese Normalität, von dem Konflikt mit der bestehenden Ordnung, von dem Drang nach einer Revolte für ein Leben ohne Herrschaft, in Freiheit.
Wenn du das Blatt weiter verteilen oder irgendwo in deinem Alltag auslegen möchtest, du Kritik oder Fragen hast, schreib einfach an
wutimbauch@riseup.net oder an Wut im Bauch, c/o Schwarzmarkt, kl. Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

Erkundet die Weite des Raums
Mietwahnsinn stoppen – den Widerstand vernetzen

Im Rahmen eines Aktionstages am 27. Oktober treffen wir uns an unterschiedlichen Orten der Stadt, um den Widerstand gegen Wohnungsnot zu organisieren und praktische Solidarität mit Betroffenen zu entwikkeln. Betroffen sind Menschen, die neu nach Hamburg ziehen und keinen Wohnraum finden ebenso wie Menschen, die seit Jahren auf St. Pauli wohnen und nun aus ihren Häusern vertrieben werden sollen. Auch die Wohnungspolitik des SPD-Senates orientiert sich wie die seiner Vorgänger an Marktlogik und kapitalistischer Standortentwicklung. Die Mieten steigen, der Anteil von Eigentumswohnungen wird größer und die Stadt zunehmend zu einem Ort für diejenigen, die sie sich noch leisten können. Dies wird sich nicht in Beteiligungsverfahren und runden Tischen überwinden lassen, sondern nur dadurch, dass wir Druck auf der Straße erzeugen, um die politischen Rahmenbedingungen radikal zu verändern. Wie und wo wir in Zukunft noch wohnen, hängt nicht zuletzt davon ab, wieviel es politisch kosten wird, den Leerstand und die hohen Mieten, Vertreibung und Ausgrenzung als neoliberale Form der Stadtentwicklung aufrechtzuerhalten.

Unsere Antwort: Widerstand

An der Uni Hamburg ist ab 14 Uhr Treffpunkt, um in Form von aktionistischen Stadtteilspaziergängen den Leerstand und die Auswirkungen neoliberaler Stadtpolitik in Hamburg zu erkunden. Wir rufen dazu auf, an dieser Erkundung und anderen Aktionen im Rahmen des Tages teilzunehmen. Die Realität in Hamburg ist nicht nur bestimmt von Mangel an Wohnraum, sondern auch von zahlreichem Leerstand. Hausbesetzungen sind für uns eine Form der Vergesellschaftung und Praxis, die nicht nur konkrete Räume zum Wohnen und für soziale Projekte schaffen können, sondern auch Kontrapunkte gegen die kapitalistische Stadtentwicklung darstellen.



Der Erhalt der Hafenstraße während der Barrikadentage 1987, die seit mittlerweile 23 Jahren besetze Rote Flora oder das vor drei Jahren belebte Gängeviertel sind positive Beispiele für diese Praxis. Weltweit und auch in Hamburg werden Menschen durch kapitalistische Krisen und neoliberalen Sozialabbau ärmer. Von Seiten des Staates wird verlangt, sich dem Marktdiktat unterzuordnen und an dieser Unterdrückung auch selbst aktiv mitzuwirken. Selbstbestimmte Aneignung ist nicht nur eine Position gegen solchen Standortnationalismus, sondern auch eine konkrete Interventionsform zur Selbsthilfe gegen ökonomische Zwänge.

Im Rahmen der Demonstration Stadt selbst machen! Im April 2011 haben wir mit vielen tausend Menschen, Initiativen und Gruppen nicht nur die Bereitschaft gezeigt, die besetzte Rote Flora gegen eine mögliche Räumung zu verteidigen – als Ort für eine unkommerzielle und selbstbestimmte Nutzung wie als bleibenden Störfaktor innerhalb städtischer Auseinandersetzungen. Darüber hinaus formulierte sich in der Demonstration ein breiter politischer Widerspruch von unterschiedlichen Personen und Gruppen, die ihre eigenen Kämpfe und Auseinandersetzungen zum Thema machten: Anwohner_innen, die sich auf St. Pauli gegen den Abriss der Esso Häuser wehren, Stadtteilaktivist_innen, die sich der Gentrifizierung in St. Georg oder Wilhelmsburg widersetzen oder für Projekte in Harburg und Altona kämpfen.



Warmlaufen gegen Leerstand und Mietenwahnsinn

Besetzungen und selbstorganisierte Projekte sind für uns nicht nur subkulturelle Ausdrucksformen, sondern besitzen die Möglichkeit einer massenhaften Praxis solidarischer Stadtentwicklung. Am 27.10. soll dies in Form von verschiedenen Stadtteilspaziergängen mit medialer Begleitung aufgegriffen und deutlich gemacht werden. Es wird es kreative Beiträge geben, um den Mietenwahnsinn zu stoppen und alle sind aufgefordert, Stadt selbst zu machen mit unterschiedlichsten Aktionsformen, an denen sich alle beteiligen können. Kommt am 27.10. um 14 Uhr zur Uni Hamburg, um von dort ausgehend den öffentlichen Raum zu erkunden. Macht euch zum Dietrich gegen die ausschließende Wohnungspolitik des Senates, schlängelt euch durch, lasst euch überraschen und plant eigene Überraschungen auf eurem Weg durch die Straßen.

Für die praktische Aneignung der Stadt
Wohnungsnot muss nicht sein …

Flora bleibt unverträglich

25 Jahre: Barrikadentage an der Hafenstraße

10. und 11. November 2012

Wir wollen uns 25 Jahre nach Aufbau der Barrikaden mit all denen treffen, die den langen Weg zum Erhalt der Häuser mit uns gegangen sind und denen, die heute weiter kämpfen. Wir wollen uns freuen, erinnern, diskutieren und feiern: Dank unserer gemeinsamen Beharrlichkeit und der großen Solidarität, die wir erlebt haben und nicht zuletzt auch durch die Barrikadentage gibt es
heute diese Häuser mit ihren Möglichkeiten für uns als Bewohner_innen, Betreiber_innen und Nutzer_innen der Läden. Es gibt sie auch

gegen den damals erklärten Willen der Herrschenden zu Räumung und Abriss. Diese Häuser stehen sichtbar dafür, dass Widerstand und Solidarität Erfolg haben können. Das, worum es uns damals ging, ein mehr gemeinschaftliches, selbstbestimmtes Leben auch für Leute mit wenig Geld zu erkämpfen, ist immer noch zentrales Thema in dieser Stadt und anderswo. Deshalb freuen wir uns darauf, am

Programm:
Sonnabend 10. November
Mietenwahnsinnsdemo vielstimmig begrüßen

18 Uhr: Ausstellungen, Lesungen, Film, Diskussion zu 'alternativer Energiepolitik' – und einige Überraschungen..

20 Uhr: Diskussionsveranstaltung: Internationaler Austausch zu Häuserkampf und Recht auf Stadt mit Gästen aus Spanien.

22 Uhr: Party im Störtebeker/Butt-Club mit Hits der 80er, Konzert im Ahoi, alle Läden offen.

Sonntag 11. November
13 Uhr: Gesamtschule St. Pauli (nebenan):
Diskussionsveranstaltung zu Wiederbesetzung und Barrikadentagen: Wie haben wir das erlebt, Kritiken, was heißt das für heute.

Die Barrikadenbauer und -bäuerinnen
Genossenschaft Alternativen am Elbufer
Plenum Hafenstraße

Demo 10.11. Schlaflos in Hamburg? Mietenwahnsinn stoppen!

Im nächsten Jahr wird Hamburg höchstwahrscheinlich in der 20. Sozialerhebung von offizieller Seite zur teuersten bundesdeutschen Stadt für Studierende erklärt. Dieser Umstand ist das Ergebnis einer Stadtentwicklungspolitik, die den „Wirtschaftsstandort Hamburg" im Wettbewerb der Städte voranbringen soll. Wohnraum ist für Politik und Wirtschaft eine Kapitalanlage. Das Spekulieren mit Wohnraum ist gerade in einer „boomenden" Stadt besonders lukrativ. Zusätzlich lassen sich Leerstände von der Steuer abschreiben, wodurch sie für die Eigentümer*Innen noch rentabler werden, da eine in Aussicht stehende Aufwertung und Mietspiegelsteigerung zukünftige höhere Einnahmen erwarten lässt, was durch eine vertragliche Mietpreisbindung verhindert würde.
Die Wohnungspolitik ist nahezu frei von bedürfnisorientierten Ansätzen und in Hamburg zeigt sich, was das für eine Realität schafft: Leerstand wird größer, Wohnraum unbezahlbar. So liegt die durchschnittliche Netto-Kaltmiete 2012 in Hamburg mit 8€/qm weit über dem Bundesdurchschnitt. Neuvermietungen lagen im ersten Quartal sogar bei einer Durchschnitts-Netto-Kaltmiete von 11,10€/qm, ein Anstieg um 11% im Vergleich zum Vorjahr.
Gegen diese ausufernden Preissteigerungen bei Neuvermietungen muss mittelfristig eine Höchstmiete, die weit unter dem Mietendurchschnitt liegt, gesetzlich festgelegt werden!
Neben den unbezahlbaren Mieten ist außerdem der Mangel an vorhandenem Wohnraum problematisch, so fehlten laut Schätzungen 2011 in Hamburg bis zu 90.000 Wohnungen. Der von der SPD-Regierung versprochene Neubau von 6.000 Wohnungen wird – sofern das Versprechen denn überhaupt eingehalten wird – keineswegs bezahlbaren Wohnraum sichern.
Es gibt deutlich zu wenige Sozialwohnungen, seit den 1980ern sind diese von rund 4 Millionen auf rund 1,5 Millionen reduziert worden. In Hamburg fehlt sogar mit 110.000 ungefähr die Hälfte des Bedarfs an Sozialwohnungen. Zwar sollen von den versprochenen 6.000 neuen Wohnungen jährlich ein Drittel Sozialwohnungen sein, dies nützt vielen weniger Wohlhabenden jedoch nichts: Neben den Sozialwohnungen im so genannten 1. Förderweg mit einer maximalen Miete von 5,90€/qm fallen hierunter nämlich auch jene Wohnungen im so genannten 2. Förderweg – mit einer Höchstmiete von 8€/qm, also soviel wie der Netto-Kaltmieten-Durchschnitt. Zusätzlich fallen jedes Jahr ca. 5.700 Wohnungen aus der Sozialbindung, was jährlich sogar zu einer Reduzierung von sozialem Wohnraum führt!
Gleichzeitig wächst scheinbar paradoxerweise der Leerstand in Hamburg, derzeit stehen bis zu 1.500 Wohnungen und 1,4 Millionen qm Büroraum (knapp 10 % aller Büroflächen) leer. Tendenz steigend!
Während Menschen nicht wissen, wie sie eine bezahlbare Wohnung finden können, steht potentieller Wohnraum leer. Wir finden dieser Raum sollte genutzt werden und fordern deshalb eine Entkriminalisierung von Leerstandsbesetzungen!
Die profitorientierte Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik des Hamburger Senats trifft vor allem finanziell schwächere Gruppen, die kaum bezahlbaren Wohnraum finden. Das Mietniveau in Hamburg wird stetig durch Politik und Immobilienmarkt gesteigert und Leerstand wurde und wird weiterhin subventioniert. Diese Situation können wir nicht länger hinnehmen!
Wohnraum ist keine Ware, sondern ein öffentliches Gut, das wir zum Leben brauchen!
Wohnraum muss dem profitorientierten Markt entzogen und allen Menschen zur Verfügung gestellt werden!
Platz zum Wohnen ist in Hamburg schon jetzt unerträglich teuer, doch der stetige Mietanstieg wird ohne unser Zutun nicht zu stoppen sein. Deshalb wollen wir – gemeinsam mit möglichst vielen Hamburger*Innen – in diesem Oktober Diskussionen, organisierte Selbsthilfe und Protestaktionen durchführen, um die Öffentlichkeit zu erreichen und unseren Widerstand gegen kapitalistische Stadtentwicklung zu organisieren und sichtbar zu machen. Beteiligt euch, drückt eure Unzufriedenheit aus und seid dabei, wenn es im Oktober heißt: Schlaflos in Hamburg? Mietenwahnsinn stoppen!

Die Demo wird um 13 Uhr auf dem Hachmannplatz (HBF) starten und in der Hafenstraße auf St. Pauli enden.

enter_the_gap

demorückblick

Am Samstag, den 08.09.2012 fand unter dem Motto 'Gegen Sexismus und Verharmlosung von sexualisierter Gewalt! Für einen offenen Umgang mit Sexualität und Geschlecht!' unsere Demonstration durch die Hamburger Innenstadt statt.
Rund 300 Demonstrant_innen versammelten sich anlässlich dessen zur Startkundgebung am Hachmannplatz (beim Hauptbahnhof). Nach dem Redebeitrag vom enter_the_gap!-Bündnis auf verschiedenen Sprachen (deutsch, englisch, spanisch und türkisch) ging es los: Angeführt von einem kraftvollen und lauten FLT*I*-Block verließ die Demonstration den Startkundgebungsort Richtung Innenstadt. Besonders der FLT*I*-Block zog hierbei durch lautstarke Parolen wie 'alerta, alerta – antisexista!' große Aufmerksamkeit von Passant_innen auf sich: Inhalte wurden jedoch nicht nur durch Parolen, sondern auch durch viele Transparente wie 'Für ein queeres Wunderland!' oder 'Egal, wie viel Stoff ich trage – nein heißt nein!' und eine fahrende Ausstellung der Ergebnisse eines Workshops zu Schönheitsnormen aus der enter_the_gap!-Aktionswoche vermittelt.

Auf der Zwischenkundgebung am Gänsemarkt wurden weitere Redebeiträge vom Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. und LesMigraS verlesen, ebenfalls Beiträge von zwischengeschlecht.org und einer Gruppe Cis-Männer, die sich kritisch mit Männlichkeit auseinandersetzen. Auf der weiteren Route entlang des Valentinskamps erwartete die Demoteilnehmer_innen noch eine Soli-Aktion: Von den Dächern des Gängeviertels wurde Solidarität mit Pussy Riot gezeigt – Konfetti flog, Rauch wurde gezündet und Personen mit bunten Hassis entrollten ein 'Free Pussy Riot!'-Transparent.
Entlang des ganzen Weges wurden Informationszettel über das Anliegen von enter_the_gap! an Passant_innen verteilt, die diese größtenteils mit großem Interesse entgegen nahmen und lasen.
Auf der weiteren Route über die Feldstraße in Richtung Sternschanze wurde ein Redebeitrag von sous la plage zum Thema 'Antisemitismus und Geschlecht' gehalten.
An der S/U Bahnstation Sternschanze wurde die Demo nach knapp drei Stunden wie geplant an der S-Bahn Station Sternschanze beendet.
Wir freuen uns, dass eine linksradikale, queer-feministische Demonstration 300 Menschen auf die Straße mobilisieren kann. Teilnehmer_innen kamen dabei nicht nur aus Hamburg, sondern nahmen auch die Reise aus den umliegenden Bundesländern auf sich. Besonders gefreut haben wir uns über die Unterstützung von Bremer_innen, die sich nicht nur auf der Demo selbst, sondern auch im Vorfeld engagiert haben. Ebenfalls ein großer Dank an dieser Stelle an Hamburger Gruppen und Einzelpersonen, die sich engagiert haben, um die erste Reihe zu stellen und uns bei anderen organisatorischen Aufgaben – teilweise sehr spontan – zu unterstützen.



Im Gegensatz zum SlutWalk im letzten Jahr ist auf jeden Fall die deutlich geringere Teilnehmer_innenzahl auffällig. Dieses ist einerseits negativ zu bewerten, weil unser Anliegen damit deutlich weniger öffentliche Aufmerksamkeit erregte, andererseits allerdings mit positiven Aspekten verbunden. So war beispielsweise ein Problem des SlutWalks im letzten Jahr die enorm übergriffige Presse vor Ort, die in diesem Jahr ausblieb. Die deutlich geringere Teilnehmer_innenzahl im Vergleich zum SlutWalk zeigt uns weitergehend, dass es nach wie vor bitter nötig ist, unseren Protest öffentlich und laut zu zeigen: Das Aufgeben des (auf jeden Fall marketingwirksamen) Labels 'SlutWalk' führte nicht nur zu weniger Presse, sondern auch unserem Eindruck nach zu weniger Interesse des linksradikalen und/oder queer-feministischen Spektrums.

Die Atmosphäre auf der Demonstration selbst haben wir als durchaus positiv erlebt. Durch vorhandene awareness-Teams, einen fahrenden safe space und eine Ordner_innen-Struktur, war es möglich, einen als unsicher kritisierten Raum (wie es der letztjährige SlutWalk z.B. durch übergriffige Presse war), sicherer für die Teilnehmer_innen zu gestalten. Durch eigene Fotograf_innen wurde die Demo auf eine angenehme Art dokumentiert. Für gute Stimmung sorgten weiterhin die DJanes,die während der kompletten Demonstation im Lauti auflegten. Auch an dieser Stelle ein großes Dankeschön! Ebenfalls möchten wir noch mal den Aktivist_innen im Gängeviertel und den Menschen, die auf der kompletten Route unsere Infozettel an Passant_innen, durch offene Autofenster und auch sonst an alle umstehenden Menschen verteilt haben, unseren Dank aussprechen.

Diese Auswertung kann erstmal nur einen Überblick über unsere und an uns herangetragene Eindrücke von der Demonstration wiedergeben, unsere Orga-Struktur, transportierte Inhalte, nicht-transportierte Inhalte und das Erreichen unseres Ziels von einem für alle Menschen gleichermaßen zugänglichen Bündnis werden wir noch einmal gesondert auswerten und auf unserem Blog veröffentlichen.

Was bleibt ist die bedingungslose Freilassung … Freiheit für Thomas Meyer Falk!



… eine Forderung, die für uns nicht ohne Widersprüche ist. Mit dem folgenden Text wollen wir unsere Diskussion und unsere Überlegungen zur Forderung nach der Freilassung eines einzelenen Gefangenen, so wie zur Sicherungsverwahrung, Isolationshaft und Pathologisierung vermitteln.

Was bleibt ist die bedingungslose Freilassung…

In Deutschland sind knapp 71.000 Menschen in Gefängnissen eingesperrt. Einer von ihnen ist Thomas Meyer Falk, seit 16 Jahren wegen Bankraub und Geiselnahme inhaftiert, ca. 11 Jahre davon in Isolationshaft. Im Juni 2013 läuft seine Haftzeit ab, danach soll er in die Sicherungsverwahrung. Dem wollen wir uns entgegenstellen! Wir fordern seine bedingungslose Freilassung und möchten euch dazu aufrufen dies mit Aktionen und Flugblättern zu unterstützen. Wir wissen, dass wir uns mit dieser Forderung in Widersprüche begeben. Widersprüche, die aus den eigenen Ansprüchen der politischen Arbeit heraus erwachsen. Widersprüche, die trotz langer Diskussionen für uns auch nur zum Teil gelöst werden konnten. Es sind Widersprüche, die sich in dem Spannungsfeld zwischen unserer Gesellschaftskritik und dem Wunsch nach direkter Solidarität bewegen.

Wir fordern die Abschaffung aller Knäste. Darum kritisieren wir nicht alleinstehend die Situation in den Knästen, fordern nicht die Einstellung einzelner Bereiche oder die Veränderung der Haftbedingungen. Denn es geht uns nicht um die Reformierung eines Systems, dass von Grund auf verkehrt ist, sondern um dessen Abschaffung. Dass hierfür die bestehenden Verhältnisse auf den Kopf gestellt werden müssen, ist uns bewusst. Erst eine herrschaftsfreie Gesellschaft wird das Bewusstsein und den Willen erlangt haben das System von Strafen, Unterdrückung und Ausbeutung abzuschaffen. Denn nur wer von einer befreiten Gesellschaft träumen kann, kann sich auch vorstellen, dass es möglich ist, dass irgendwann kein Mensch gegen einen anderen handeln wird. Es geht uns weniger um die_den einzelne_n Gefangene_n, als vielmehr um eine Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft, in der Knast eine wichtige Komponente der Herrschaftssicherung darstellt. Trotzdem finden wir es richtig auch auf Entwicklungen und Sachverhalte innerhalb des Knastsystems einzugehen, sie öffentlich zu machen und dadurch eine Diskussion um die Rolle von Knast im Allgemeinen zu bewirken (Solche Themen sind z.B. Zwangsarbeit in den Knästen und die zunehmende Privatisierung).
Zudem denken wir, dass trotz unseres Anspruches, es auch darum gehen sollte eine Verschlechterung der eh miserablen Bedingungen im Knast nicht einfach nur zu registrieren, sondern möglichst auch zu verhindern. Die Solidarität mit Menschen im Knast und ihren Kämpfen, auch wenn es sich scheinbar oft erst einmal nur um die Verbesserung einzelner Bereiche handelt, ist wichtig und darf für uns, trotz des Blikkes auf das Ganze, nicht aus den Augen verloren werden. Denn jeder Akt des Widerstandes unter der Bedingung des Inhaftiertseins, ist auch eine Revolte gegen das System Knast an sich. Die Gefangenen haben sich diesem bedingungslos zu unterwerfen und jede Form des Aufbegehrens dagegen, von der Eingabe von Beschwerden bis zum Hungerstreik, werden vom System als Angriff gewertet und dem entsprechend bekämpft.
Aus diesen Vorstellungen heraus und auch aus dem Anspruch keine Trennung zwischen sozialen und politischen Gefangenen zu machen, jetzt die Freiheit für einen einzelnen Inhaftierten, für Thomas Meyer Falk, zu fordern steht dem oben Formulierten zum Teil gegenüber. Denn die Freiheit eines einzelnen zu verlangen, schließt letztendlich alle anderen aus. Zwar ist er von der Sicherungsverwahrung bedroht, doch da ist er nicht der einzige, so wie er auch nicht der einzige Gefangene ist, der in Isolationshaft war.

Warum fordern wir seine Freiheit dann doch?

Darüber haben wir sehr lange geredet. Vielleicht machen wir es einfach aus dem Prinzip der Solidarität heraus. Solidarität mit einem rebellischen Menschen, der in seiner Entschlossenheit und Ausdauer für uns motivierend ist. Niemand von uns wüsste wie er_sie in seiner Situation handeln würde. Niemand von uns könnte sagen, wie Knast und Isolationsfolter auf ihn_sie wirken würde und niemand von uns könnte sagen, dass er_sie über so viele Jahre in einem System, der totalen Überwachung und Kontrolle, der Reglementierung und Sanktionierung, weiter kämpfen würde.
Vielleicht haben wir uns aber auch dafür entschieden, weil wir in der Diskussion darüber auf viele andere Themen und Bereiche gestoßen sind, die in den letzten Monaten in der öffentlichen Diskussion standen (wie z.B. die Sicherungsverwahrung) oder aber immer wieder Teil unserer Auseinandersetzung um Knast und unserer Arbeit dagegen waren. Wir denken, dass Thomas Meyer Falk anhand seiner Geschichte beispielhaft für viele andere Gefangene stehen kann und so, in dem Zusammenhang mit der Forderung nach seiner Freilassung, auf die unterschiedlichsten Bereiche, wie Isolationshaft, Sicherungsverwahrung und Pathologisierung hingewiesen werden kann und darin dann auch die Situation anderer Gefangener benannt werden muss.
Neben den oben genannten Gründen müssen wir uns natürlich auch eingestehen, dass Thomas Meyer Falk, trotz der Vorgabe, keine Trennung zwischen den Gefangenen zu machen, uns politisch nahe steht. Die Situation, dass eine_ein Genossin_Genosse für seine Ideen und Träume, als Konsequenz für sein Handeln für so viele Jahre in den Knast gesteckt wird ist immer schmerzhaft, die Vorstellung aber, wie bei Thomas Meyer Falk, dass dies auch für immer sein kann, ist kaum mehr zu ertragen.
Auch hier ist er ein Beispiel dafür, wie sich die bürgerliche Gesellschaft unliebsamer Personen entledigt und wie leicht es in die-

sem System fällt Menschen, eben gerade auch wegen ihrer politischen Identität, hinter den Knastmauern verschwinden zu lassen. Auch wenn er noch eine Stimme hat, die wir in seinen Texten vernehmen können, ist er doch nur noch bedingt Teil der Diskussion draußen und der Schritt ihn gänzlich verstummen zu lassen wäre nur ein kleiner. Viele Gefangene sitzen in den Knästen, in Sicherungsverwahrung oder in der Forensik ohne Kontakt, ohne die Möglichkeit ihre Situation nach Außen zu tragen, mit Medikamenten still gestellt oder in Isolationshaft. Die Mittel die Menschen in den Knästen verstummen zu lassen, sie zu brechen sind zahlreich.

Isolationshaft…

Gerade das Letztere, die Isolationshaft, auch Weiße Folter genannt, ist dabei gängige Praxis. Im Kampf gegen politische Gefangene, in den deutschen Hochsicherheitsgefängnissen, in den 70igern ausgereift (aber auch schon zuvor eingesetzt), wurde und wird diese Folter genauso gegen alle anderen Inhaftierten angewandt. Orientiert an den deutschen Hochsicherheitsgefängnissen ist diese Form der legalen und „sauberen“ Folter mittlerweile in vielen Ländern Standard (F-Typ-Gefängnisse in der Türkei oder die Supermax-Gefängnisse in den USA). Ungeachtet irgendeiner Öffentlichkeit werden Menschen 23 Stunden am Tag (oder auch mehr) in Zellen von manchmal nur 8 m² gepfercht, ohne Tageslicht oder mit kleinen Fenstern, die nur die Sicht auf ein kleines Stück Himmel ermöglichen. Diese Zellen sind oft noch schallisoliert, sodass selbst die schwierige und spärliche Kommunikation zwischen den Zellen unmöglich gemacht wird und verhindert wird, dass ein Geräusch aus der Außenwelt in die Zelle dringen kann. Zudem wird der Kontakt nach außen meist noch zusätzlich eingeschränkt oder gänzlich unterdrückt. In einigen dieser Knästen ist persönlicher Besitz auf den Zellen verboten und das Inventar besteht aus im Boden verankerten Stahlbetonmöbeln.

Die Auswirkungen der Isolationshaft auf einen Menschen sind meist fatal, sie können sich physisch wie psychisch äußern und sind häufig irreparabel. In einem Brief aus dem Knast schrieb Ulrike Meinhof (Aktivistin aus der RAF) über die Isolationshaft:

- das Gefühl, es explodiert einem der Kopf (das Gefühl, die Schädeldecke müsste eigentlich zerreißen, abplatzen)
- das Gefühl, es würde einem das Rückenmark ins Gehirn gepresst,
- das Gefühl, das Gehirn schrumpelte einem allmählich zusammen, wie Backobst z.B.
- das Gefühl, man stünde ununterbrochen, unmerklich, unter Strom, man würde ferngesteuert -
- das Gefühl, die Assoziationen würden einem weggehackt -
- das Gefühl, man pißte sich die Seele aus dem Leib, als wenn man das Wasser nicht halten kann -
- das Gefühl, die Zelle fährt. Man wacht auf, macht die Augen auf: die Zelle fährt; nachmittags, wenn die Sonne reinscheint, bleibt sie plötzlich stehen.

Man kann das Gefühl des Fahrens nicht absetzen.

Man kann nicht klären, ob man vor Fieber oder vor Kälte zittert -

man kann nicht klären, warum man zittert - man friert.

Um in normaler Lautstärke zu sprechen, Anstrengungen, wie für lautes Sprechen, fast Brüllen - das Gefühl, man verstummt -

man kann die Bedeutung von Worten nicht mehr Identifizieren, nur noch raten -

der Gebrauch von Zisch-Lauten – s, ß, tz, z, sch – ist absolut unerträglich – …“

Ca. 11 Jahre saß Thomas Meyer Falk in Isolationshaft (von 1996 bis 1998 mit kurzen Unterbrechungen und ab da an bis 2006 ununterbrochen). Das bedeutete für ihn 23 Stunden des Tages „nur mit einem kleinen Radio, ein paar Büchern und Aktenordnern“ in der Zelle verbringen zu müssen. Als direkte Folgen der langen Isolationshaft beschreibt er u.a. eine geringe Frustrationstoleranz, hohe Stressanfälligkeit, Verlust des Zeitgefühls. Und weiter, dass die Isolationshaft dazu führt, dass „der Mensch auf sich selbst zurückgeworfen wird und sich in einem ständigen inneren Dialog befindet, was dann die Konzentration bei Besuchen erheblich erschwert, da die Aufmerksamkeit plötzlich nach außen gerichtet werden muss.“

Des weiteren schreibt er, dass „… einige Briefwechsel und die dadurch vermittelte wohltuende Solidarität“ ihn in der Isolation geholfen hätten, sowie der Gedanke an „… all die inhaftierten GenossInnen weltweit, die unter Bedingungen einsitzen, bei denen es uns schaudern würde. Was sie aushalten müssen, kann mit hiesigen Haftbedingungen nicht verglichen werden“.

11 Jahre unter den Bedingungen der Isolation sind kaum vorstellbar und dennoch gibt es Gefangene, die dies noch länger ertragen müssen. Es zeigt, mit welch einer Härte und Brutalität gegen Inhaftierte vorgegangen wird. Mumia Abu-Jamal (seit 1981 inhaftiert, von 1982-2011 in der Todeszelle) schreibt dazu:“Die Isolationshaft ist letzten Endes eine politische Institution, weil sie untrennbarer Teil der politischen Institution Gefängnis ist. Isolation als Haftstatut wird von höchsten politischen Instanzen des Staates gebilligt: Gesetzgebern, Richtern und der Regierung… Ihr Credo ist:“ Sperrt sie ein und werft den Schlüssel weg!“ Solcher Mentalität großmäuliger Niedertracht entspringt das kaltherzige Regime der in Stahl und Beton gegossenen Isolationstrakte, unter deren Bedingungen Menschen zu Tausenden jeden Tag, jede Stunde, Minute für Minute die Erfahrung der Folter erleiden, der sozialen Ausgrenzung in der Hölle der Isolation…“ (Folter im Gefängnis, Mumia Abu-Jamal, junge Welt, 21.07.12, Nr. 168)

Im Mai 2007 wurde die Isolationshaft gegen Thomas Meyer Falk aufgehoben und die Besuchsbedingungen gelockert. Bei Besuchen gibt es nun keine Trennscheibe mehr, dennoch werden die meisten Besuche überwacht. Auch seine Post wird von den Beamt_innen weiterhin zensiert. Eine Freilassung auf Bewährung ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten, da mit Beschluss vom 04. Mai 2009 das Landgericht Karlsruhe eine solche abgelehnt hat. Die Richter_innen am Landgericht meinen, dass er gefährlich sei und dass für ihn erst nach jahrelanger Therapie eine Chance bestehe, frei zu kommen. Eine Zwangstherapie lehnt er entschieden ab. Diese Weigerung ist letztendlich auch mit ein Argument für seine weitere Inhaftierung. Thomas Meyer Falk hatte ein politisches Motiv für seine damalige Aktion, dass er dieses nicht verwirft, wird ihm nun zur Last gelegt und dass er das erniedrigende und unterdrückende Knastsystem nicht schweigsam erduldet, dass er die gesamte Zeit seiner Haft etwas zu sagen hat, über den Knast, über die Gesellschaft, über sich. Er soll bestraft werden, nicht für eine „Straftat“, sondern für eine Haltung, für eine Position, die ihm erlaubt, die Zu- und Missstände der Haftanstalten und des Knastsystems aufzuzeigen und dafür, dass ihn 16 Jahre Knast nicht gebrochen haben.

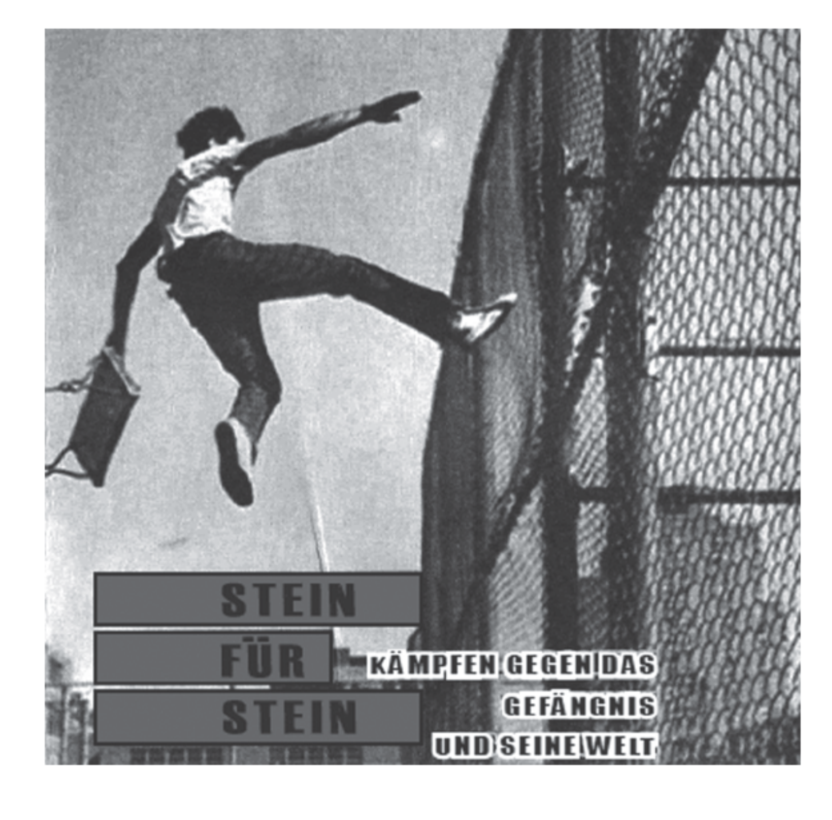
Was in seinem Zusammenhang Therapie bedeutet ist klar, seine politische Identität wird zu einem „krankhaften Verhalten“ erklärt, er soll abschwören, Reue zeigen, seine Taten bedauern und sich dem Verwertungssystem wieder einordnen. Da er dies nicht tut, soll er nun mit der Sicherungsverwahrung erneut bestraft werden.

Sicherungsverwahrung…

Die Sicherungsverwahrung (nachfolgend SV genannt) greift auf ein Gesetz aus dem Nationalsozialismus zurück. Am 01.01.1934 trat das „Gesetz gegen Gewohnheitsverbrecher und über Maßregelung der Sicherung und Besserung“ in Kraft. Dabei wurden Überlegungen aus der Strafrechtsre-

form der Weimarer Republik aufgegriffen, in denen es mehr um Resozialisierung und Integration von „Straftätern" gehen sollte. Dies beinhaltete aber auch, dass ein kleiner Teil von Gefangenen, der als unverbesserlich zu erkennen geglaubt wurde, dauerhaft verwahrt werden sollte. Die Nationalsozialisten behielten von diesen Gedanken ausschließlich den der Verwahrung.
So diente dieses Gesetz letztendlich nur der Umsetzung der menschenverachtenden nationalsozialistischen Ideologie mit dessen Hilfe sie ihre Vorstellung von der „Säuberung des Volkskörpers" durch das „Entfernen schädlicher Objekte aus der Gemeinschaft" umsetzten. In einer nicht näher beschriebenen, diffus bleibenden Täter_innengruppe konnten so dem System nicht entsprechende, unbequeme und nonkonforme Menschen für immer eingekerkert oder ermordet werden. Nach 1945 bestanden die durch das Gewohnheitsverbrechergesetz eingeführten Regelungen zunächst im wesentlichen unverändert fort, insbesondere wurden sie nicht vom alliierten Kontrollrat aufgehoben, wie viele andere Gesetze aus der Zeit des Nationalsozialismus. Im August wurde die auf das Gewohnheitsverbrechergesetz zurückgehende Vorschrift über die SV mit dem „Dritten Strafrechtsänderungsgesetz" in dem StGB aufgenommen.
Nachdem Untersuchungen in den 60er Jahren aufzeigten, das die Justiz in der Nachkriegszeit, vielfach durchzogen von übernommenen NS-Richtern, die SV über eher lästige und unkooperative, als vermeintlich gefährliche Gefangene verhängte, wurde mit der Strafrechtsreform 1969 die SV erheblich eingeschränkt (vgl.: Gefährliche Freiheit?, Peter Asprion, 2012, Herder Verlag).
Die SV erlebte in den nächsten beiden Jahrzehnten ein eher unbedeutendes und von der Öffentlichkeit unbeachtetes Schattendasein, bis in den 90ern einige große "Sexualstraffälle" (z.B. Mark Detroux) den Ruf nach der SV wieder laut werden ließen. Aussagen wie "wegschließen – und zwar für immer" (Schröder) wurden von den Medien nur allzu gerne aufgegriffen. Durch die Zuspitzung auf diese eine Gruppe und deren Dämonisierung schafften Politiker_innen und Medien eine geradezu hysterische Stimmung, in der härtere Strafen und die Verschärfung der SV, als populäre Lösungen offeriert wurden. Im Januar 1998 wurde das sog. „Straftäterbekämpfungsgesetz" eingeführt, verbunden mit einer beispiellosen Gesetzesverschärfung:
– 10 Jahre als Höchstgrenze der SV wurde abgeschafft
– SV kann rückwirkend verhängt werden
– SV kann bei Ersttätern angewandt werden
– Anordnung auch bei Jugendlichen möglich

Seit dem Ende des Nationalsozialismus hat es keine Anordnung und Anwendung der SV in dieser Härte gegeben. Dabei entspricht das in der Öffentlichkeit propagierte Bild der mit SV belegten Menschen nicht der tatsächlichen Zusammensetzung der davon Betroffenen. Während medial ein Horrorszenario von schweren Gewaltverbrechen verbreitet wird, finden sich in der SV genauso auch Menschen, die wegen sogenannten Eigentums- oder Beschaffungsdelikten einsitzen.



Die Gesellschaft entledigt sich hier Menschen, die für sie unbequem, störend und lästig sind. Sie schafft sich Instrumentarien, die unkontrolliert anwendbar Menschen für immer verschwinden lässt. Menschen wie Thomas Meyer Falk oder aber Peter Wegener, der wegen Geiselnahme seit 17 Jahren in Isolationshaft sitzt. Dieses Jahr soll er in die SV überführt werden. Es klingt unfassbar und ist doch Realität: erst siebzehn (17!) Jahre Isolation und dann in die SV. Was bedeutet, nicht zu wissen wann und ob mensch überhaupt wieder raus kommt.
Beim Wechsel von der Haft in die SV, gibt es verschiedene Maßnahmen und Gutachten. Bei Peter Wegener sagen mehrere Gutachten, das die Isolation nicht zulässig und er nach entsprechenden Therapien freizulassen sei. Bislang hat die zuständige JVA dies aber ignoriert. Dieser Umgang zeigt einmal mehr die Willkür des Knastsystems und mit welcher Beliebigkeit darin Gutachten und Therapien zum Einsatz kommen. Während sie, wie bei Peter Wegener, einfach ignoriert werden, dienen sie bei anderen zur Untermauerung hoher Haftstrafen, zum Verlust der Freiheit auf unabsehbare Zeit oder zur Erpressung, wie bei Thomas Meyer Falk.

...und Pathologisierung.

Werden Menschen in Deutschland zur SV verurteilt, werden auch immer psychiatrische Gutachten erstellt. Die Gutachten sollen dabei vermeintlich klären und aufzeigen ob und wie 'krank' eine Person ist. Verhaltensweisen, Empfindungen, Wahrnehmungen, Gedanken und zwischenmenschliche Beziehungen der Person, können dabei pathologisiert, also als krankhaft eingestuft, werden. Eine solche Pathologisierung findet aber nicht nur bei Menschen innerhalb des Knastsystems statt, sondern auch in sämtlichen anderen Lebensbereichen der Gesellschaft.
Ein anschauliches Beispiel hierfür ist die Pathologisierung von Homosexualität. Bis Anfang der 1990er Jahre wurde Homosexualität im ICD – 10 Katalog (1) als Krankheitsbild gelistet. Sie verstößt bis heute gegen viele Normen der Mehrheitsgesellschaft.

Vermeintliche Wissenschaftler_innen suchen nach mutmaßlichen Fehlern, damit der Staat diese dann der Mehrheitsgesellschaft als Verstoß, sowohl gegen die sozialen, als auch biologisch-medizinisch-psychologischen Normen erklären kann. Ob es die Gene sind oder das Spielen mit dem 'falschen' Spielzeug, eine Antwort für die Ursache der vermeintlichen 'Krankheit' ist schnell gefunden. Hand in Hand mit der Pathologisierung gehen Therapien, medizini-

sche Eingriffe und medikamentöse Behandlungen. Die Darstellung von Verhaltensweisen usw. als 'krankhaft' ist immer ein willkürlicher Akt, da sie durch die vorherrschenden Normen der Gesellschaft bestimmt wird. So sollen auch Menschen wie Thomas Meyer Falk, die vermeintlich eine Gefahr für die Gesellschaft darstellen, behandelt werden.
Im Falle einer Anklage nach einer vorgeworfenen Straftat, können auch kleinste „psychologische Auffälligkeiten" vor Gericht ausreichen, so dass ein Gutachten angefordert wird und beispielsweise eine Unterbringung in der Psychiatrie angeordnet wird. Gefangene sollen im Knast und in der Therapie ohne Rücksicht auf Verluste auf das Normenlevel der Mehrheitsgesellschaft gebracht werden. Sie sollen wieder verwertbar gemacht werden, sich in den Ausbeutungsprozess fügen und den gesellschaftlichen Werten und Normen unterordnen, um so, die soziale Ordnung aufrecht zu erhalten.
Jemand wie Thomas Meyer Falk stellt für das System Knast jedoch ein Problem dar. Knast an sich, als auch Foltermethoden, wie Isolationshaft haben nicht dazu geführt, dass Thomas Meyer Falk mit seinem politischem Kampf aufgehört hat. Da seine Zeit, die er absitzen muss(te) bald zu Ende ist, der Staat ihn aber nicht laufen lassen will, gibt es eine einfache Möglichkeit. Laut Gutachten stellt Thomas Meyer Falk immer noch eine Gefahr für die Gesellschaft dar, da er eine „Aversion gegen diesen Staat und die Justiz" habe. Er soll so lange nicht entlassen werden, bis er die Therapie erfolgreich abgeschlossen hat und keine 'Gefahr' mehr darstellt. Da Thomas Meyer Falk sich grundsätzlich gegen die Therapien wehrt, behält das Knastsystem ihn noch weiter gefangen.

Was bleibt…

Wir konnten leider in diesen, doch schon wieder recht langen, Text nicht alles erwähnen was es eigentlich zu schreiben gäbe. So fehlt für uns z.B. völlig der Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Knast, Strafe und Sühne oder auch der gesamte Bereich des Gefängnisindustrieellen-Komplexes, der Zwangsarbeit und damit verbunden der kapitalistischen Ausbeutung der Gefangenen. Letztendlich ging es uns aber auch nicht darum Knast, seine gesellschaftliche Bedeutung und die Systematik die dahinter steckt allumfassend zu beschreiben, sondern um die Vermittlung unserer Diskussionen und Überlegungen zu Thomas Meyer Falk.
Was da drin bleibt, sind die am Anfang geäußerten, nicht aufgelösten Zweifel, aber nach wie vor auch der starke Wunsch nach Intervention, Unterstützung und Solidarität. Darum bleibt für uns auch die Forderung nach der bedingungslosen Freilassung von Thomas Meyer Falk, aber auch der Wille dabei nicht stehen zu bleiben, sondern andere Gefangene mit einzubeziehen und das Knastsystem als Ganzes anzugehen.
Wir fordern seine Freilassung, auch wenn wir uns die Freiheit für viele wünschen. Wir denken dabei auch an die anderen, an Erwin Adamczek, Gülaferit Ünsal, Mumia Abu Jamal, Pit Scherzl, Peter Wegener und all die, von denen wir wissen oder die uns unbekannt sind. In der Unterschiedlichkeit ihres Denkens und Handelns und der Kämpfe, die sie führen, sind sie geeint durch die Mauern, die sie einsperren und in der Erfahrung wozu diese dienen, was sie bewirken können und welches System dahinter steckt.
Dass wir in absehbarer Zeit nicht die Mauern der Knäste einreißen können ist uns nur allzu klar und vielleicht schaffen wir es noch nicht einmal die Mauern der gesellschaftlichen Ignoranz etwas zu durchlöchern. Wir können auch niemanden versprechen, dass bald der Tag kommen wird, an dem er_sie nicht mehr von Mauern und Gittern umgeben ist, nicht mehr durch den Zwang zur Arbeit ausgebeutet wird und nicht mehr der Willkür und Unterdrückung des Knastsystems ausgeliefert ist. Wir müssen uns eingestehen, dass das politische Kräfteverhältnis zur Zeit nicht auf unserer Seite steht, dass im Vergleich zu unseren Träumen und Vorstellungen, die Schritte die wir gehen recht klein sind und gerade deshalb dürfen wir nie vergessen, worum es uns geht: um eine Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung, ohne Zwang und Erniedrigung, eine Gesellschaft eben auch ohne Knäste.

(1) ICD 10 ist ein von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) herausgegebenes Diagnoseklassifikationssystem. (übersetzt bedeutet ICD = Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme)

Anti-Knast-Gruppe/Bielefeld

„Weil niemand frei ist, solange nicht ALLE frei sind!"

In den Monaten November/Dezember wird es eine kleine Veranstaltungsreihe zu dem Themenkomplex Knast-Repression-Widerstand-Solidarität geben. Neben Filmvorführungen, einer Soliparty, einer Buchvorstellung und Diskussionsveranstaltungen werdet ihr auch die Möglichkeit haben, das ein oder andere AntiKnast-Projekt kennenzulernen und auch selber solidarisch aktiv zu werden.

Weitere Infos werden demnächst zu lesen sein auf:
http://noprisonnostate.blogsport.de/

war starts here Teil V

Aktionstag GÜZ: Zusammenfassung und erste Bewertung

Wir dokumentieren im fünften Teil unsere Reihe eine (gekürzte) erste Auswertung des antimilitaristischen Aktionstages am 15.9. am und auf dem Gefechtsübungszentrum (GÜZ) Altmark. Der vollständige Text, inklusive einer Auswertung des Presseechos ist auf indymedia zu finden.

Unserer Schätzung nach haben sich ca. 400 Leute an dem Aktionstag beteiligt. Davon waren etwa 100 Menschen auf der Demo vor der Kommandozentrale und 200 - 250 Personen in kleinen und größeren Gruppen auf dem Militärgelände unterwegs. Der Rest hat rund um das GÜZ Unruhe gestiftet. Auf dem Militärgelände wurden Panzermanöver unterbrochen, der Übungsbetrieb lahmgelegt und zahlreiche Gebäude mit Farbe markiert.

Einer Gruppe von ca. 40 Personen gelang es im Norden unentdeckt auf das Gelände zu gelangen und die Bundeswehr dazu zu zwingen ein dort stattfindendes Manöver abzubrechen. Maschinengewehrgeknatter und Panzerlärm wurden jäh unterbrochen, als die Gruppe mit Fahnen und Sprechchören die Deckung des Waldes verließ und einen der an der Übung beteiligten Panzer umzingelte. Der Soldat im Panzer versuchte die Aktivist_innen zu verscheuchen in dem er das Maschinengewehr auf sie richtete. Doch da die Antimilitarist_innen wohl wussten, dass es nur mit Platzpatronen geladen war, ließen sie sich nicht beeindrucken. Sie sprühten eine der Sichtluken des Fahrers dicht und verzierten den Panzer mit rosa Parolen. („War starts here", „Mörder" und weitere). Beim Rückzug der Gruppe setzte der markierte Panzer den Aktivist_innen einige Meter nach und nahm dabei schwere Verletzungen dieser in Kauf. Doch weder die Verfolgung durch den Panzer noch die anschließende stundenlange Jagd auf die Gruppe mit Feldjägern, Bullen und mehreren Helikoptern verliefen erfolgreich. Alle an dieser Aktion beteiligten Aktivist_innen sind unerkannt entkommen.

Eine weitere Großgruppe, die an andere Stelle auf einen Panzer traf, hatte leider nicht ganz soviel Glück. Erst ergriff der Panzer die Flucht, um einer Umlackierung zu entgehen. Dann wurden auch noch einige Personen, z.T. äußerst brutal von Feldjägern festgenommen. Magdeburger Bereitschaftsbullen, Landespolizei und Feldjäger berieten anschließend in einer gemeinsamen Lagebesprechung wie mit den Gefangenen umzugehen sei und demonstrierten so, dass die Grenzen zwischen Polizei und Militär längst verschwommen sind.

In der Nähe des Dorfes Born, südlich von Letzlingen wurde das Biwak-Süd, in dem Soldaten bei Manövern untergebracht werden, mit fetten pinken Farbflecken, Parolen wie „War starts here" und „Soldat_innen sind Mörder_innen" markiert. Zudem wurden bei dort befindlichen Versorgungsgebäuden einige Scheiben eingeworfen und diese mit stinkender Buttersäure bedacht. Das Blockhaus am Zeltlager wurde ebenfalls markiert und zeitweise besetzt.

In einem Übungsdorf wurden Transparente aus Fenstern der Häuser gehängt, eine Antifa-Fahne auf dem Dorfplatz gehisst und Leichenpuppen hinterlassen. Außerdem wurden auch hier verschiedene Parolen gesprüht.
Die Musikaktionsgruppe „Lebenslaute" spielte zuerst bei der Kundgebung vor der Kommandozentrale bei Letzlingen und gelangte anschließend noch mit sieben Personen samt ihren Instrumenten auf den Platz. Die Musiker_innen konnten sogar unentdeckt bis zur Baustelle der Aufstandsbekämpfungsstadt „Schnöggersburg" vordringen und dort ein Friedenskonzert mit klassischer Musik spielen. Anschließend wurden sie allerdings von Feldjägern aufgegriffen, vom Platz gefahren und in Gewahrsam genommen.
Eine größere FrauenLesbenTrans-Gruppe radelte ungestört entlang der Grenze des Militärgeländes. Dabei wurden zahlreiche der Schilder, die verkünden, dass das Betreten des Platzes verboten sei, mit feministischen Plakaten überklebt. So konnten die Auswirkung des Krieges auf das Leben von Frauen thematisiert werden und die Verlogenheit des Militärs, das mit „Frauenbefreiung" für die Akzeptanz von Kriegseinsätzen wirbt, angegriffen werden.

Ein Feuerwehrturm wurde mit Parolen versehen und der ebenfalls außerhalb des Geländes liegende, stillgelegte Bahnhof Letzlingen-Ost wurde kurzzeitig besetzt.
An zahlreichen Stellen wurden von unterschiedlichen Gruppen Militärischer-Sicherheitsbereich-Schilder umgestaltet und Wege blockiert.

Bei der langwierig gerichtlich gegen das generelle Demoverbot durchgesetzten Kundgebung vor der Kommandozentrale bei Letzlingen beteiligten sich ca. 100 Menschen. Die langjährig gegen das GÜZ aktive Bürgerinitiative „Offene Heide" beteiligte sich mit Redebeiträgen und dem Pflanzen eines Baumes in Erinnerung an ihre verstorbene Mitbegründerin Erika Drees. Die Beteiligung der BI ist auch deshalb sehr erfreulich, da es im Vorhinein einige Querelen darum gab, ob der Aktionstag für eine Beteiligung der BI als „gewaltfrei" gelabelt werden müsse. Mit Gewalttätigkeit tat sich hingegen nur die Staatsmacht hervor, die Demoteilnehmer_innen nur nach Personalienkontrollen und schickanösen Durchsuchungen zur Kundgebung ließ.
Ca. 40 Personen wollten sich die Kontrollen nicht gefallen lassen und veranstalteten dagegen eine Spontandemonstration auf der Bundesstraße 71, die entlang der westlichen Grenze des Übungsplatzes verläuft. Diese wurde allerdings schnell gekesselt, wobei es auch zu mehreren willkürlichen und brutalen Festnahmen kam. In Folge der Demo und des Polizeieinsatzes war allerdings die Bundesstraße längere Zeit vollständig blockiert.

Für die Vollständigkeit der Liste, der hier beschriebenen Aktionen garantieren wir natürlich nicht. Es ist gut möglich, dass weitere Gruppen auf dem Gelände und drum herum unterwegs waren
und Aktionen gemacht haben. Zudem haben zwei Gruppen, die es anscheinend nicht in die Altmark geschafft haben, in Solidarität mit den Aktivist_innen vor Ort, Markierungsaktionen durchgeführt.
Bereits in der Nacht zum Aktionstag wurde das Wehrdienstbüro in Halberstadt eingefärbt und mit „War starts here" markiert.
In der Nacht zum 17.9. wurde die Berliner Vetretung der Rüstungs- und Luftfahrtfirma Boeing mit zahlreichen Farbbeuteln beworfen.

Erste Bewertung des Aktionstages

Der antimilitaristische Aktionstag gegen das Gefechtsübungszentrum Altmark war ein voller Erfolg.
Der mehrere hunderttausend Euro teure

war starts here



Einsatz von 1000 Bullen, 500 Feldjägern, 26 Reiter_innen, Hundestaffel, 7 Hubschraubern, 2 Wasserwerfer und eine 400 km² große Demoverbotszone konnte das massive Eindringen von Aktivist_innen auf den Truppenübungsplatz nicht verhindern. 400 entschlossene Antimilitarist_innen aus unterschiedlichen Spektren haben sich mit ihren unterschiedlichen Aktionskonzepten wunderbar ergänzt. So konnte das GÜZ wie angekündigt geentert und der Übungsbetrieb (zumindest in großen Teilen) lahmgelegt werden. Damit war das Ziel der ersten Phase des Aktionstages erreicht. Auch die zweite Phase, zu der mit GÜZ umgestalten aufgerufen wurde, ist durch die zahlreichen Markierungen und Beschädigungen von Gebäuden, Fahrzeugen, Schildern u.a. sehr erfolgreich verlaufen. Lediglich die dritte Phase, die ein Zusammentreffen der verschiedenen Aktionsgruppen vorsah, muss im Nachhinein als zu ambitioniert betrachtet werden. Dass das Ziel der dritten Phase nicht erreicht werden konnte, lag vor allem daran, dass die Entfernungen zueinander, in der die einzelnen Gruppen auf dem 230 km² großen Platz agiert haben, unterschätzt wurden. Diese Erfahrung tut zwar dem Erfolg des Aktionstages keinen Abbruch, sollte aber für das nächste Mal berücksichtigt werden.

Dass Bundeswehr, Polizei und die lokalen Medien versuchen den Aktionstag als Misserfolg darzustellen und sich dazu auch offensichtlicher Lügen bedienen, zeigt nur ihren Wunsch, dass sich so etwas nicht wiederholt. Genau wie der riesige Aufriss mit tausenden Einsatzkräften und der größten Demoverbotszone, die es jemals in der BRD gab, zeigt auch das verkrampfte Festhalten an der Behauptung, der Übungsbetrieb sei störrungsfrei weiter gelaufen, nur wie sehr ein höchst sensibler Punkt der Kriegsführung getroffen wurde. Der Imageschaden den die Proteste und vor allem das in die Öffentlichkeit ziehen des Baues der Aufstandbekämpfungsstadt Schnöggersburg, in der Einsätze in Städten überall auf der Welt geübt werden können, verursacht haben ist immens. Zudem wurde offensichtlich, dass der vermeintliche Pro-Bundeswehr-Konsens der anwohnenden Bevölkerung eben nur ein vermeintlicher ist. Es gibt weit mehr Widerspruch gegen Bundeswehr und Krieg in der Region als medial behauptet wird und das Camp hat auch einen Beitrag dazu geleistet, diesem den Rücken zu stärken.
Der größte Erfolg des Aktionstages ist aus unserer Sicht allerdings, dass die Parole „Der Krieg beginnt hier und ist hier aufzuhalten!" so greifbar wurde wie selten zuvor. Es wurde geschafft den Übungsbetrieb, des wichtigstens Militärgeländes in Deutschland für einen Tag lahmzulegen. Dabei wurde sogar ein Manöver der Panzerbrigade 37, die in einem Monat in Afghanistan Krieg führen wird, abgebrochen und einer der Panzer, der dann durch Kunduz rollen soll, angemalt. Die zahlreichen weiteren Aktionen und Markierungen auf dem Gelände komplettieren das Bild einer der größten Erfolge der antimilitaristischen Bewegung seit langer Zeit.

Beim Aktionstag wurden einige Personen mit unterschiedlichen Vorwürfen festgenommen.
Die Bullen haben rund um das Camp sehr viele Daten gesammelt und werden versuchen diese zur Konstruktion von Strafverfahren zu nutzen. Außerdem gab es auch im Vorfeld des Aktionstages viel Repression gegen Antimilitarist_innen u.a. wurden am Abend des 13.9. fünf Menschen in Magdeburg aus ihrem Pkw heraus von einem MEK-Kommando mit vorgehaltener Schusswaffe festgenommen. Der Vorwurf gegenüber den Festgenommenen lautete, dass sie für eine Sachbeschädigung am Gebäude der ICL-Ingenieur und Consulting, verantwortlich sein sollen. Die Firma mit Sitz im Sülzetal, betreibt die Bauplanung in „Schnöggersburg".

Unserer Einschätzung nach ist es wahrscheinlich, dass die Bullen versuchen werden den Erfolg des Aktionstages und der Kampagne „War starts here / Krieg beginnt hier!" zum Anlass zu nehmen die antimilitaristische Szene anzugreifen. Es gilt nun den gemeinsamen Erfolg zu verteidigen und solidarisch Zusammenzustehen, damit wir auch langfristig gestärkt aus dieser Erfahrung hervorgehen und im nächsten Jahr mit noch mehr Leuten das GÜZ lahmlegen können.

In diesem Sinne:
Ja das waren gute Tage, wir kommen wieder keine Frage.
Solidarität ist unsere Waffe – Anna und Arthur halten das Maul!
GÜZ, Militarisierung und Kriegsführung markieren, blockieren, sabotieren!

einige begeisterte teilnehmer_innen.



Zur Situation der Kämpfe in Griechenland

Nachdem über die Sommermonate wenige Nachrichten Sozialer Kämpfe aus Griechenland kamen, hat sich die dortige Situation in den letzten Wochen weiter zugespitzt. Zentral scheinen hier aktuell zwei sich abzeichnenden Entwicklungen:
• Einerseits der immer massivere Straßenterror der faschistischen Golden Dawn, die laut aktuellen Umfragen bereits zur drittstärksten politischen Kraft im Land aufgestiegen ist, und die ihren Terror mehr oder weniger unbehelligt von der Polizei ausführen kann. Seit Jahresbeginn erlitten hunderte MigrantInnen bei Übergriffen teils schwerste Verletzungen und die Dunkelziffer dürfte noch deutlich höher sein.
• Andererseits eine verschärfte Repression gegen AntifaschistInnen und Antiautoritäre sowie gegen Sozialproteste. Dies lässt sich u.a. an Ereignissen seit dem 30. September absehen, bei denen AntifaschistInnen und GewerkschafterInnen inhaftiert wurden. Mehr Repression begleitet also die Debatte um neue Sparvorgaben und ihre Folgen.
Rechtsextreme Gewaltwelle
Seit langem ist bekannt, dass Golden Dawn und Teile der griechischen Polizei offen zusammenarbeiten - dies hat sich in der Vergangenheit immer wieder gezeigt und ist bei Wahlergebnissen von bis zu 50% für GD innerhalb des Polizeiapparats wenig verwunderlich. Und nicht selten sind Polizeibeamte für Übergriffe gegen MigrantInnen verantwortlich - Konsequenzen haben die staatlichen Schläger nicht zu befürchten. Insofern ist es wenig überraschend, wenn in den seltensten Fällen Verhaftungen von Golden Dawn-AktivistInnen und UnterstützerInnen in der Bevölkerung nach Gewaltaktionen wie z.B. der Zerstörung eines Zentrums tansanischer Flüchtlinge erfolgen. Längst haben Parteien bis hin zur Sozialdemokratie in MigrantInnen einen Sündenbock für die Krise und die daraus resultierende katastrophale soziale Situation in Griechenland gefunden. Neu geschaffene Abschiebelager und Polizeigroßrazzien mit tausenden Verhafteten (aktuell die Operation "Zeus Xenios") sind Ausdruck dieser drastisch verschärften Politik gegen die große Anzahl "Illegaler" in Griechenland. Als Ablenkung von den eigentlichen VerursacherInnen der Krise bieten diese sich geradezu an - wo MigrantInnen als Sündenböcke für alles und jedes präsentiert werden, fragt niemand mehr nach der Verantwortung der politischen Klasse oder hinterzogenen Steuermilliarden... Der Chef der sozialdemokratischen PASOK, die für die aktuelle Krise eine erhebliche Mitverantwortung trägt, trieb dies noch auf die Spitze: Evangelos Venizelos machte Juden und Jüdinnen für die Steuerhinterziehung verantwortlich, um von eigenem Versagen abzulenken. Die Sündenbock-Parolen aus der "politischen Mitte" fallen auf fruchtbaren Boden - und stärken damit den Aufschwung der FaschistInnen.
Ihre Stärke beziehen Golden Dawn aus ihrer Wahrnehmung als "Ordnungskraft" in Alternative zur Polizei sowie aus ihren zunehmenden Community-Aktivitäten. Dabei richtet sich die Gewalt von Golden Dawn jedoch längst nicht mehr "nur" gegen MigrantInnen. Auch Linke, KünstlerInnen und Homosexuelle sind ins Visier der faschistischen Bewegung geraten. So stürmten am 9. Oktober orthodoxe FundamentalistInnen und Golden Dawn ein Theater in Athen und verprügelten Anwesende, um die Aufführung des Stückes "Corpus Christi" von Terence Nally zu verhindern. Die Auseinandersetzungen vor dem Theater gingen auch am nächsten Tag weiter. Laurie Penny schrieb dazu: "Griechenlands FaschistInnen und Homophobe haben Gott und die Polizei auf ihrer Seite." Da kann es schonmal vorkommen, dass ein Parlamentarier von GD einen Verhafteten befreit - und es zu keinerlei Reaktion der Beamten kommt.

Antifaschistische Gegenwehr formiert sich
Gegen das immer aggressivere Klima rechter Gewalt formiert sich zunehmender Widerstand. In den letzten Monaten gab es zahlreichen Antifa-Demos in ganz Griechenland und hier und da wurden Treffen von Golden Dawn gesprengt oder Büros der Partei zerstört. In Athen etablierten sich antifaschistische Motorraddemonstrationen, bei denen Antiautoritäre in Gegenden mit starker faschistischer Basis auffuhren, um Übergriffe auf MigrantInnen zu verhindern. Am 30. September stieß eine Motorraddemo mit FaschistInnen und BewohnerInnen eines Athener "Problembezirks" zusammen, zwei Faschisten landeten im Krankenhaus. Kurz darauf attackierten Spezialkräfte der Polizei die Motorraddemo - es gab 15 Verhaftungen und mehrere Verletzte. Auch eine antifaschistische Solidemonstration vor dem Athener Gericht am nächsten Tag wurde von der Polizei angegriffen, vier weitere Verhaftungen folgten.
Inzwischen wurden alle Verhafteten unter Auflagen wieder freigelassen - allerdings gegen den Willen des Anklägers, der sie bis zum Prozessbeginn in Haft halten wollte. Wo FaschistInnen bei ihrer Gewalt geradezu freie Hand haben, wird weiterer militanter Antifaschismus erst recht Not tun. Dabei haben die GenossInnen keine leichte Aufgabe im Kampf gegen den Filz aus Golden Dawn und Polizei. In einem Statement aus dem Polizeihauptquartier berichteten sie von Übergriffen durch die BeamtInnen, von Schlägen, Bespuckungen, Bedrohungen, Verbrennungen uvm. Selbst internationale Zeitungen haben die Vorfälle inzwischen aufgegriffen - so schrieb etwa der Guardian "Greek antifascists tortured by police".

Auch in Patras haben sich die Auseinandersetzungen zwischen AntifaschistInnen und Golden Dawn seit Anfang Oktober zugespitzt. Am 11. Oktober stießen hier schließlich Golden Dawn und Antifas zusammen, ein Treffpunkt der FaschistInnen wurde anschließend demoliert. Rund eineinhalb Stunden später nahm die Polizei neun Antifaschist(Inn)en fest, gegen vier von ihnen ermittelt sie nun wegen ihrer angeblichen Beteiligung an den Auseinandersetzungen wegen "versuchten Mordes". Von Ermittlungen gegen die FaschistInnen ist wie üblich nichts bekannt. Dies ist die aktuelle Situation für Antiautoritäre in Griechenland!

Verschärfte Sozialproteste
Als am 26.9. erneut ein großer Generalstreik in Griechenland stattfand (der nächste folgt am 18.10.), überraschte die große Anzahl der TeilnehmerInnen an den Protesten. Der Rest verlief nach dem üblichen Athener Drehbuch: die großen Gewerkschaften marschierten eine Runde vor dem Parlament, die AnarchistInnen attackierten die Polizei und diese löste wiederum die Proteste mit Tränengas auf. Spannender ist die Entwicklung abseits dieses geradezu schon gewohnten Schemas - die Zunahme wilder Streikaktionen und Proteste jenseits des üblichen gewerkschaftlichen Rahmens. Auf diese Proteste wird seitens des Staates mit zunehmender Repression reagiert. Als am 4.10. Werftarbeiter(Inn)en das Verteidigungsministerium stürmten, weil sie mangels (militärischer) Aufträge bereits seit sechs Monaten keinen Lohn erhalten hatten, wurden sie kurzerhand weggeprügelt und über 100 von ihnen verhaftet. Zehn Personen blieben vorerst inhaftiert und sind inzwischen auf freiem Fuß. Am selben Tag waren noch weitere Ministerien Ziele von Protesten, so etwa von Krankenschwestern. In Heraklion (Kreta) wiederum setzte die Polizei ebenfalls am 4.10. Tränengas gegen Bauern und Bäuerinnen ein, die den dortigen Flughafen blockieren wollten. Am 7.10. stürmte die Polizei ein von GewerkschafterInnen besetztes Gebäude der Public Electricity Company und verhaftete 18 von ihnen. Und während des Besuchs

der deutschen Kanzlerin Angelika Merkel am 9.10. in Athen kam es neben Ausschreitungen am Syntagma-Platz auch zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Riotcops und Beschäftigten eines Athener Krankenhauses.

Die Zunahme von Aktionen außerhalb gewerkschaftlicher Protestrituale und vor allem die repressive staatliche Antwort darauf liefern einen guten Einblick in die wirtschaftliche Situation und die Verzweiflung vieler Menschen. Die wenigstens von ihnen hätten wohl vor vier Jahren vor Beginn der Systemkrise in Griechenland an direkten Aktionen wie Ministerienbesetzungen oder gar an Auseinandersetzungen mit der Polizei teilgenommen. Doch drastische Lohnkürzungen (auch in der Privatwirtschaft) und Steuererhöhungen treffen auf einen rasanten Anstieg der Preise - massiv sinkende Lebensstandards für die breite Masse sind die Folge. Und immer heftigere Proteste sind die Antwort...
Während sich die Lebensumstände der breiten Masse erheblich verschlechtern, hat die Oberschicht ihre Schäfchen längst ins Trockene gebracht. Auf 600 Milliarden Euro wird das Vermögen wohlhabender GriechInnen alleine auf Schweizer Bankkonten geschätzt - der Klassenkampf von Oben läuft längst auf Hochtouren.

Weimarer Verhältnisse?
Als der griechische Premierminister Antonis Samaras Anfang Oktober vor Weimarer Verhältnissen in Griechenland warnte und von einer zunehmenden Bedrohung der Demokratie durch radikale Gruppen sprach, spielte er nicht zufällig auf die Verhältnisse in der Weimarer Republik der Zwischenkriegszeit an. Die Repression, der sich Sozialproteste in den letzten Tagen ausgesetzt sahen, und die am 12.9. erfolgte Räumung des anarchistischen Squats Delta in Thessaloniki, weisen dabei auf eine härtere Gangart der Regierung gegen die Proteste hin. Bislang kaum betroffen davon ist jedoch Golden Dawn, deren AktivistInnen weiterhin mit Samthandschuhen angefasst werden. Samaras hat es zwar nicht so gemeint - aber diese Parallele zu Weimar ist ebenfalls augenscheinlich...
Dabei ging eine Zeitungsmeldung gänzlich unter, die eigentlich die Alarmglocken schrillen lassen sollte. Denn die Regierung in Athen sah sich gezwungen zu dementieren, dass einflussreiche Militärkreise 2011 einen Militärputsch in Griechenland geplant haben sollen. Dies würde auch die Absetzung der gesamten Militärführung durch den damaligen PASOK-Premierminister Papandreou im November 2011 erklären. Kurz zuvor gab es am 28.10. während der alljährlichen Militärparaden am Nationalfeiertag heftige Proteste gegen die politische Führung. "Ultranationalistisch-patriotische Offiziere" seien besorgt gewesen, dass die Lage wegen der Proteste gegen das Sparprogramm außer Kontrolle geraten könnte - und planten angeblich mittels eines Putsches, die "Ordnung" wiederherzustellen. Vor dem Hintergrund der von 1967 bis 1974 in Griechenland herrschenden Militärdiktatur sind dies beunruhigende Meldungen, zumal bereits bei den Jugendkrawallen im Dezember 2008 nach der Ermordung des 15jährigen Alexandros Grigoropoulos durch einen Polizeibeamten der Einsatz des Militärs im griechischen Regierungskabinett offen diskutiert und schließlich verworfen wurde.
Beim Militärputsch der Obristen am 21. April 1967 kamen in den ersten Wochen 8.000 Menschen ums Leben, viele weitere wurden verhaftet und gefoltert. Standrecht und Zensur wurden eingeführt und zahlreiche Menschen (O-Ton: "hartnäckige Kommunisten") auf den Verbannungsinseln Gyaros und Gyoura interniert oder im Konzentrationslager Oropos inhaftiert. Der Aufstand am Athener Polytechnikum am 14. November 1973 mit 24 Toten läutete das Ende der Junta ein - noch heute ist der Ort ein wichtiger Bezugspunkt für die anarchistischen Gruppen in Athen.

Leicht gekürzt übernommen
von: anarchismus.at

Aufruf zur Solidarität!

Die Ereignisse überschlagen sich in diesen Tagen in Griechenland. Während die Übergriffe auf Migrant_innen, deren Wohnhäuser und Läden durch Faschisten weiter gehen, zeigte sich die letzten Wochen und Monate immer wieder antifaschistischer Widerstand in Form von Demonstrationen, Flugblattaktionen und direkten Antworten. Vergangene Woche zeigte die Staatsmacht wieder einmal, auf wessen Seite sie steht.
Nachdem in Volos ein Abgeordneter der faschistischen Partei Chrysi Avgi während einer Kundgebung am Wochenende vor den Augen der Polizei eine Waffe gegenüber protestierenden Antifaschist_innen zog, wollte man auf der Wache „aus Zeitgründen“ die Anzeige von Augenzeugen nicht aufnehmen. Am selben Wochenende fand in Athen eine antifaschistische Motorraddemo statt, um die Öffentlichkeit über die andauernden Übergriffe und die unerträglichen Zustände für Migrant_innen, verschärft durch die staatliche Aktion „Xenios Zeus“, zu informieren, und um Präsenz in den Straßen Athens zu zeigen. Nachdem diese auf einige Nazis traf, begannen Polizeieinheiten der Delta, die die Demo zuvor beobachtet hatten, die Antifaschist_innen zu attackieren, wobei einige zum Teil schwer verletzt wurden. 15 Demonstrant_innen wurden festgenommen. Eine Solidemo zum Gericht, in die man die Gefangenen gebracht hatte, am darauffolgenden Tag, wurde ebenfalls angegriffen. 25 Antifaschist_innen wurden daraufhin in Gewahrsam genommen, 4 blieben bis Freitag Mittag in Haft und wurden dann entlassen. Die 19 Inhaftierten berichteten von menschenunwürdigen Bedingungen und Übergriffen in Haft. Sie trafen auf Andere, die dort seit 3 Monaten „vergessen“ werden.
So lies die Pressestelle des Innenministeriums auf eine Stellungnahme des linken Parteienbündnisses Syriza hin verlauten, man werde weitere Maßnahmen veranlassen, um Recht und Ordnung durchzusetzen. Darüber hinaus warf man Linke in einen Topf mit den Faschisten und erklärte, man werde solch antidemokratischen Tendenzen eindämmen. In der Realität wird gemeinsame Sache mit den Nazis gemacht: Während diese sich mit offensichtlichen Straftaten in den Medien brüsten und ungeschoren davon kommen, werden Linke mit Repression überzogen.
Gleichzeitig läuft weiterhin die rassistische, staatliche Polizeiaktion „Xenios Zeus“, bei der in den letzten 2 Monaten rund 27.500 Nichtgriech_innen in Gewahrsam genommen und rund 2600 verhaftet wurden, weil sie nicht die nötigen Papiere vorweisen konnten. Alles weist darauf hin, dass sich die Situation für Migrant_innen und Antifaschist_innen und alle, die unter die rassistische und faschistische Ideologie fallen, weiterhin verschärfen wird. Das Zusammenspiel zwischen Polizei und Neonazis mit Rückendeckung durch die Regierung und die Durchsetzung rassistischer Abschiebegesetze sind alarmierend und müssen als präfaschistische Zeichen gewertet werden.
Der stetige Abwehrkampf und die Antirepressionsarbeit binden immer wieder Kapazitäten. Zudem können Geldbeträge für Verfahren in der aktuellen finanziellen Lage kaum noch aufgebracht werden. United we stand!

Spenden für die Inhaftierten vom 29./30.9. über ABC Berlin an:
SSB e.V. Kto.: 6603098570 BLZ: 100 500 00
IBAN: DE40 1005 0000 6603 0985 70
Stichwort: " KNASTSOLIDARITÄT " antifa greece

Plötzlich plappern Anna und Arthur

Seit Jahren betreiben wir Server und Kommunikationsdienste für linke Gruppen, geben wir uns alle Mühe, die Server sicher zu halten, wehren wir – mit unterschiedlichen Mitteln – Anfragen von Behörden zu irgendwelchen Daten ab.
Kurz: Wir versuchen im kapitalistischen Internet eine emanzipatorische Basis der Kommunikation zu bieten. Seitdem auch viele Linke Facebook „nutzen" (oder Facebook viele Linke nutzt), sind wir jedoch verunsichert:
Vielen scheint es nun nicht mehr darum zu gehen, einerseits das Internet als Ressource für linke Kämpfe zu nutzen, andererseits aber das Internet selbst als politisch umkämpftes Terrain zu verstehen und sich in diesem Kampf dazu zu verhalten. Vielmehr wird unsere politische Arbeit selbst als defizitär und anstrengend wahrgenommen. Verschlüsselte Kommunikation mit autonomen Servern scheint nicht als emanzipativ, sondern als lästig angesehen zu werden.

Disneyland

Wir hatten einfach nicht verstanden, dass es nach all dem Stress auf der Straße und den langen Gruppendiskussionen der Wunsch vieler Aktivist_innen ist, auf Facebook in Ruhe über alles, was erlebt wurde, mit allen zu quatschen. Dass Facebook eben auch für Linke die sanfteste Art der Verführung ist. Dass auch Linke es genießen, dort, wo es scheinbar nicht weh tut, den Strömen der subtilsten Form der Ausbeutung zu folgen und endlich einmal keinen Widerstand zu leisten. Das schlechte Gewissen, das viele dabei sicherlich plagt, weil sie wissen oder ahnen, welche fatalen Konsequenzen Facebook mit sich bringt, scheint hierbei keine besondere Handlungsanweisung zu erteilen. Ist es wirklich Unwissenheit? Um einmal kurz zu skizzieren, was das Problem ist: Mit der Benutzung von Facebook machen Linke nicht nur ihre eigene Kommunikation, Meinung, „Likes" usw. transparent und prozessierbar. Sondern, und dies halten wir für weit folgenreicher, es werden linke Strukturen und Einzelpersonen, die selbst mit Facebook wenig oder gar nichts zu tun haben, aufgedeckt.

Die Mächtigkeit Facebooks, das Netz nach Relationen, Ähnlichkeiten usw. zu durchsuchen, ist für Laien kaum vorstellbar: Mit dem Plappern auf Facebook werden für Behörden und Konzerne politische Strukturen reproduziert. Diese können dann bequem nach bestimmten Fragen durchsucht, geordnet und aggregiert werden, um präzise Aussagen nicht nur über soziale Relationen, wichtige Personen in der Mitte usw. zu produzieren, sondern auch auf der Zeitachse bestimmte Prognosen treffen zu können, die sich aus Regelmäßigkeiten ableiten lassen. Facebook ist die subtilste, billigste und beste Überwachungstechnologie neben Handys!

Linke Facebooknutzer innen als unbezahlte V-Leute?

Wir hatten immer gedacht, es geht der Linken um etwas anderes: Die Kämpfe auch im Internet weiterzuführen. Und darum, das Internet für die politischen Kämpfe zu nutzen. Uns geht es darum – auch heute noch. Deshalb sehen wir in Facebook-User_innen eine echte Gefahr für unsere Kämpfe. Und besonders Linke auf Facebook produzieren (meist ohne zu ahnen, was sie tun) wertvolles Wissen, auf das Verfolgungsbehörden in zunehmendem Maße zurückgreifen. Wir könnten fast soweit gehen, diese Linken der Kompliz_innenschaft zu beschuldigen. Aber soweit sind wir noch nicht. Noch ist unsere Hoffnung nicht gestorben, dass sich die Einsicht einmal durchsetzt, dass Facebook ein politischer Gegner ist. Und, dass diejenigen, die Facebook nutzen, Facebook immer mächtiger machen. Linke Facebooknutzer_innen füttern erst die Maschine und legen damit Strukturen offen! Und dies ohne Not, ohne Richter_in, ohne Druck.

Standpunkt

Uns ist klar, dass wir von einer gewissen Höhe herab sprechen. Da wir uns seit Jahren mit dem Netz und Computern, Systemadministration, Programmieren, Kryptographie und einigem mehr beschäftigen und teils damit unser Geld verdienen, ist Facebook quasi ein natürlicher Feind für uns. Da wir uns außerdem als Linke verstehen, addiert sich dazu noch eine Analyse der politischen Ökonomie Facebooks, in der „User_innen" zum Produkt werden, an das gleichzeitig auch verkauft wird. In der Fachsprache heißt das „demand generation". Uns ist klar, dass sich nicht alle mit solcher Hingabe mit dem Internet auseinandersetzen, wie wir es tun. Aber dass Linke dieses trojanische Pferd namens Facebook an ihrem Alltag teilhaben lassen, ist weniger Ausdruck von Unwissenheit als von Ignoranz an einer extrem kritischen Stelle.



Plötzlich plappern Anna und Arthur

Wir fordern mit allem Nachdruck alle auf:
Schließt Eure Facebook-Accounts!
Ihr gefährdet andere!
Verhaltet Euch zu diesem Datenmonster!
Und ansonsten:
Verlasst GMX und Co!
Nieder mit Google!
Gegen die Vorratsdatenspeicherung!
Für Netzneutralität!
Freiheit für Bradley Manning!
Hoch die Dezentralität!
Fight Capitalism!
Auch – und gerade – im Internet!
Gegen Ausbeutung und Unterdrückung!
Auch – und gerade – im Internet!

Nervt Eure Genoss_innen.
Macht ihnen klar, dass, wenn sie Facebook füttern, sie sich echt mit der falschen Seite eingelassen haben!

"Deutsche Innenminister sind kaltherzige Schweine"*

Die Innenministerkonferenz (IMK) ist das Gipfeltreffen der ranghöchsten deutschen Repressionsfanatiker. Die Innenminister von Bund und Ländern sowie Polizisten, Geheimdienstler und andere Unsympaten kommen zweimal im Jahr zusammen, um „sicherheitsrelevante“ Themen geheim zu diskutieren und dann ihre Beschlüsse in populistischer Verpackung öffentlich zu präsentieren. Vom 5. bis zum 7. Dezember findet das nächste Treffen in Rostock-Warnemünde statt.

Warum Innenminister „kaltherzige Schweine“ sind

Als Entscheidungsträger sind die Innenminister maßgeblich verantwortlich für Beschlüsse zur Sicherheit des deutschen Staats. Ihrer und einer breiten gesellschaftlichen Paranoia entsprechend gehört dazu vornehmlich auch die Migrationspolitik.
Wie schon der Name sagt, geht es dabei nicht darum, Menschen in Not zu Helfen oder Neuankömmlinge herzlich zu empfangen. Politik bedeutet auch hier abzuwägen, ob Migrant_innen dem Staat dienlich sind oder nicht. Wenn es darum geht, einen „kühlen Kopf“ zu behalten und für so genannte „schweigende Mehrheiten“ zu sprechen, meint die Politik bei diesem Thema, kaltherzig Menschen nach wirtschaftlichen Kriterien beurteilen zu können. Dieses Beurteilen bedeutet für viele Migrant_innen Diskriminierung; für Flüchtlinge heißt das oft Verurteilung: zu Haft, Folter und Tod. Weil Deutschland, dass auf der ganzen Welt mit Gewalt seine politischen und wirtschaftlichen Interessen durchsetzt, angeblich „keinen Platz“ und „kein Geld“ für Einwanderer hat, werden diese – so sie denn den Weg hierher überhaupt überlebt haben – zurück in die Zustände geschickt, denen sie zu entkommen suchten. Grundlage für Menschenverschickungen, Menschenjagd, Internierung und institutionellen Rassismus sind die Gesetze der Innenminister. Und wir können uns alle nur zu gut vorstellen, wie sie scherzend bei Kaffee und Kuchen den Tod zehntausender beschließen.

Angesichts des globalen Flüchtlingsdramas fällt es schwer, den anderen Themen der Innenministerkonferenz noch Beachtung zu schenken. Trotzdem macht es Sinn, diese ebenso im Kontext der Kaltherzigkeit der Regierenden – im fanatischen Unmenschlichkeits- und Kontrollwahn zu sehen. So passt es bestens zur Arroganz der Herrschenden in diesem kapitalistischen System, sich anzumaßen, über Sinn und Unsinn, über Spaß und Ernst genauso wie über Gut und Böse zu entscheiden.



Fußball beispielsweise ist in Europa – ob man will oder nicht – eine der beliebtesten Beschäftigungen. Dass die Art und Weise der Betätigung dabei keinem einheitlichen Konzept folgt, ist zwar eigentlich selbstverständlich, passt den kommerziellen Interessen der allgegenwärtigen Kapitalanleger in diesem Sport und den Politikern aber ganz und gar nicht.

„Störer“, so sagt Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier, „sollen bei Heimspielen des FC Hansa Rostock (…) schon am Eingang herausgefiltert werden“, denn „Fußball müsse weiter ein Spiel bleiben, zu dem die Bürger mit ihren Kindern und Enkeln gehen könnten“.
Zu definieren wer oder was Störer sind, liegt eigentlich in der Hand der Beteiligten. Die Politiker jedoch haben beispielsweise ungefragt darüber entschieden, dass Pyrotechnik ein Verbrechen ist. Damit werden Ultras-Gruppen medial und quasi-gesetzlich auf eine Stufe mit Gewalttätern gestellt. Es erfolgen Stadionverbote, Strafanzeigen und Kriminalisierung ganzer Fangruppen.
Sicher: über Gewalt lässt sich streiten – aber sicher nicht mit Politikern, die ihre eigenen Hooligan-Einheiten mit Knüppel, Helm und Pfefferspray zu jedem Spiel anreisen lassen. Deren perverse Fantasien gehen mittlerweile so weit, dass sie spezielle Kameratechnik zur Gesichtserkennung von möglichen „Randalierern“ im Stadion installieren wollen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Innenministerkonferenz ist zur Zeit das NPD-Verbotsverfahren. In scheinheiliger Art und Weise wollen die Staatsrassisten und Abschiebeprofis den Neonazis den Kampf ansagen. Die NPD, die Jahrzehnte lang vom deutschen Staat mit Finanzen, Experten und Waffen ausgestattet wurde, soll nun als populistische Reaktion auf die Vorkommnisse um den „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) verboten werden. Eckpfeiler im Verbotsverfahren soll die Verbindung der NPD zu diesem weitreichenden Mördernetzwerk werden. Dabei vergisst der Staatsmann Caffier von der CDU, dass die logische Konsequenz dann auch mindestens die Auflösung des Verfassungsschutzes wäre, wenn nicht gar dieses ganzen Staates, der mindestens zum Teil von den gleichen Interessen getrieben wird wie die neonazistischen Mörderbanden.
Höhepunkt und vereinendes Element der Themenblöcke wird der Ausbau zivil-militärischer Zusammenarbeit (ZMZ). ZMZ bedeutet für die Innenminister die Koordination und Zusammenführung „ziviler“ Infrastruktur wie Polizei, Feuerwehr, Technisches Hilfswerk und Politik mit der militärischen Organisation Bundeswehr. Ungeachtet sämtlicher Ausreden von „verbessertem Katastrophenschutz“ und „humanitären Gründen“ dient dieser Schritt der Möglichkeit zur Ausschöpfung aller Repressionsressourcen im Bedarfsfall. Das heißt: wenn alle zivilen Mittel bei der Bevölkerungskontrolle nichts mehr Helfen, ist die Regierung bestens aufgestellt, um durch das Militär das Oberkommando über alle technischen und personellen Mittel zur Aufrechterhaltung der kriegswichtigen Strukturen zu übernehmen. Ob bei einem Generalstreik, bei Massendemonstrationen oder bei Flüchtlingswellen: THW, Feuerwehr, Polizei und Bundeswehr können unter einem Kommando flächendeckend die Gewalt über alle Produktionsmittel und Infrastrukturen übernehmen sowie das benötigte technische Know-How zur Verfügung stellen. Bei der IMK wird also der Ausnahmezustand vorbereitet, mit dem wir konfrontiert werden, sobald den Herrschenden der Parlamentarismus nicht mehr funktional erscheint.

Es geht uns also alle an:
ob Migrant_innen, Menschenrechtsaktivist_innen, Autonome, Fußballfans, Antifas. Wir müssen Zeichen setzen gegen die Innenministerkonferenz und die herrschenden Zustände zusammen und überall bekämpfen.

IMK versenken!
http://imkversenken2012.blogsport.de

Rassismus entgegentreten, Faschismus bekämpfen, Verfassungsschutz auflösen!

Demonstration am 03.11.2012 um 12 Uhr ab Hansplatz

Am 05. 11. 2011 wurde die bundesdeutsche Öffentlichkeit über das unfassbare Treiben eines „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) informiert. Diese Gruppe zog 13 Jahre lang, und von den Behörden angeblich unbemerkt, mordend und Bomben werfend durch die Republik und tötete zehn Menschen. Dutzende weiterer Menschen wurden durch ein Nagelbomben-Attentat verletzt. Bei den Opfern handelte es sich überwiegend um Menschen türkischer Herkunft. Unter den Opfern befand sich auch der in Hamburg-Bahrenfeld ansässige Kaufmann Süleyman Tasköprü, der am 27.06.2001 kaltblütig ermordet wurde.

Dem folgte eine Welle der Empörung - und das nicht ohne Grund:
Die Sicherheitsbehörden machten die Opfer des Nazi-Terrors selbst für ihren Tod verantwortlich, denn die Ermittlungen schlossen einen rassistischen Hintergrund aus und wurden in Richtung angeblicher krimineller Aktivitäten geführt. Die Medien nahmen dieses mit Bezeichnungen wie u.a. „Döner-Morde“ auf und beteiligten sich damit an der Diffamierung der Opfer als Kriminelle. Die Mitglieder des NSU kamen aus der Nazi-Kameradschaft „Thüringer Heimatschutz“ und waren eng verstrickt mit der NPD, deren Jugendorganisation und dem verbotenen Musiknetzwerk „Blood and Honour“. Mit ihnen im Kontakt waren auch V-Leute des Verfassungsschutzes, so z.B. der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Tino Brandt, der durch den Thüringer Verfassungsschutz "geführt" wurde. Nach eigenen Angaben erhielt er 200.000 DM, die er in den Aufbau der NPD in Thüringen steckte.

Lückenlose Aufklärung?
Die auf Bundesebene sowie in einigen Bundesländern eingerichteten parlamentarischen Untersuchungsausschüsse wurden in ihrer Arbeit behindert. Ausschussmitglied Wolfgang Bosbach (CDU): „Wer etwas weiß kommt nicht; wer kommt weiß nichts; und wer etwas weiß und kommt, sagt nichts“. Akten wurden geschreddert, Informationen zurückgehalten oder erst auf Druck veröffentlicht, Aussagegenehmigungen durch zuständige Ministerien verweigert. Viele Informationen kamen erst durch die Medien an die Öffentlichkeit.
In deren Folge traten der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz und die Präsidenten der Landesämter aus Sachsen und Sachsen-Anhalt zurück, der Präsident des thüringischen Landesamts wurde in den Ruhestand versetzt. Auch in Hessen, Niedersachsen und Bayern gab es scharfe Kritik an den Landesämtern.

"Rassismus in der Mitte der Gesellschaft"
Rassistische Einstellungen haben in der Bundesrepublik Kontinuität. Das Beispiel Thilo Sarrazin bedeutet hier nur die Spitze des Eisbergs. Theorien der Ungleichheit werden alltagstauglich gemacht, insbesondere durch die Medien. Darüber hinaus wird die „Mitte der Gesellschaft“ vom Handeln staatlicher Stellen beeinflusst. Wer Menschen, wie z.B. Flüchtlinge, in verschiedene Kategorien unterteilt, ihnen je nach Herkunft und Aufenthaltsstatus Menschen- und Bürgerrechte beschneidet oder vorenthält, der verschafft Rassisten und Faschisten die Legitimation für ihr Handeln.

Verharmlosung des Neo-Faschismus hat Tradition
Bis November 2011 verneinte der Verfassungsschutz die mögliche Existenz von terroristischen Nazi-Strukturen. Seit Anfang der 1990er Jahre kamen mehr als 180 Menschen aufgrund faschistischer Gewalt um. Sie wurden stets als Opfer von EinzeltäterInnen betrachtet. Die Verharmlosung rassistischer Gewalt hat historische Gründe.
Der Verfassungsschutz wurde 1950 im Zuge des Kalten Krieges zwischen Ost und West als antikommunistischer Inlandsgeheimdienst gegründet. Für diese Aufgabe wurden viele erklärte AntikommunistInnen rekrutiert: ehemalige Nazis.
Die zu diesem Zeitpunkt reaktivierte Totalitarismustheorie, die Gleichsetzung von Sozialismus und Faschismus, hat ihre innenpolitische Entsprechung in der Gleichsetzung von so genanntem Links- und Rechtsextremismus. In der Konsequenz also auch die Gleichsetzung von Nazis und ihren erklärten GegnerInnen. Aufgrund der personellen Kontinuität und des Klimas des Kalten Krieges waren tatsächlich aber immer nur Linke, oder solche, die man dafür hielt, im Fokus.

Geheimdienst behindert Zivilgesellschaft
Mit der Veröffentlichung seiner Berichte entscheidet der Verfassungsschutz faktisch über die Verfassungsmäßigkeit von Organisationen mit folgenschweren Konsequenzen, obwohl dies verfassungsrechtlich nur dem Bundesverfassungsgericht zusteht. Von der Gemeinnützigkeit bis zur möglichen Inanspruchnahme von Mitteln aus öffentlich geförderten Programmen werden Initiativen, Vereine und Verbände durch diese Anmaßung des Geheimdienstes existentiell von diesem abhängig.

Unser Ziel ...
… ist eine solidarische Gesellschaft, in der Platz für alle Menschen ist, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, Weltanschauung, sozialem Status oder Behinderungen. Wir stellen uns gegen rassistische Erklärungsmuster oder Ausgrenzungen, die gesellschaftlichen Konkurrenzverhältnissen entspringen. In diesem Sinne sind alle Menschen aufgefordert, sich aktiv einzumischen für eine soziale Umgestaltung und Demokratisierung der Gesellschaft, um den Faschisten den Nährboden zu entziehen. Unsere Solidarität gilt den Betroffenen rassistischer Gewalt, insbesondere den von dem NSU Ermordeten und ihren Angehörigen.

...Verfassungsschutz abschaffen
Wir stellen die Institution Verfassungsschutz nicht nur in Frage, sondern fordern deren Abschaffung, denn sie ist Teil des Problems. Der Geheimdienst untergräbt mit seinen grundrechtsgefährdenden und unkontrollierbaren Instrumentarien die Demokratie. Er musste als Frühwarnsystem kläglich scheitern, hat den Neofaschismus nicht nur kleingeredet, sondern die Nazi-Szene personell und finanziell unterstützt.
Alte und neue Nazis wollen eine Diktatur auf völkischer Grundlage errichten. Sie handeln entsprechend und gehen auch mit Gewalt gegen Menschen vor, die nicht in ihr Weltbild passen. Diese Gefahr zu benennen und Handlungskonzepte zu entwickeln muss Aufgabe der Zivilgesellschaft unter Einbeziehung von Wissenschaft und antifaschistischer Praxis sein.
Darüber hinaus fordern wir:
• Die vollständige Auflösung der NPD und aller faschistischen Organisationen
• Lückenlose Aufklärung der Mordserie des NSU und der staatlichen Verstrickungen, ohne Rücksicht auf Geheimhaltungspflichten. Sofortige Abschaltung aller V-Leute
• Gegen jegliche Ausgrenzung und Diskriminierung – gleiche Rechte für alle Menschen
• Stärkung von antifaschistischen, antirassistischen Initiativen und zivilgesellschaftlichen Engagements

Hamburger Bündnis gegen Rechts, 1.10.2012

Direct-Action-Ticker & Dokumentationen

Kriegstreiber markiert und sabotiert

Antimilitaristische Aktionswochen vor dem Antikriegstag in Hamburg 20.8.-1.9.2012

x brennender Fahrzeugpark bei Kriegsschiffausrüster

x Siemens-Kfz tiefergelegt und Scheiben eingeschlagen

x Farbe am Haus des Vorstands von EULER/HERMES-Versicherungen

x Häuser von Mitgliedern des FREUNDESKREIS AUSBILDUNG AUSLÄNDISCHER OFFIZIERE an der Führungsakademie mit Farbe beworfen

Konkret:

In der Strasse Bekwisch wohnt Martin Willich. Seit Dezember 2011 ist der ehemalige Präsident der Hamburger Bürgerschaft und Ex Studio Hamburg Chef Vorstand des "Freundeskreises Ausbildung Ausländischer Offiziere an der Führungsakademie der Bundeswehr" in Hamburg. Die Führungsakademie der Bundeswehr ist die militärische Ausbildungsstätte der Streitkräfte in Deutschland. Sie existiert seit über 50 Jahren und dient der Fort- und Weiterbildung von Offizieren zu Stabsoffizieren. 600 Lehrgangsteilnehmer_innen, darunter ca 100 aus anderen Natostaaten und "befreundeten" Nationen werden hier ständig trainiert. Viele tausend Killer sind hier zu Generals- und Admiralstäblern ausgebildet worden. Das Auswärtige Amt wählt die Teilnehmer_innen aus Nicht-Natostaaten nach strategischen Gesichtspunkten aus: In welcher Region ist die deutsche Wirtschaft an Bodenschätzen interessiert, wo wird die deutsche Wirtschaft investieren, wohin können Waffen verkauft werden, welche Staaten können als Aufmarschgebiete für Kriegseinsätze oder zur Regulierung von Fluchtbewegungen genutzt werden. Dass einige der in Blankenese ausgebildeten Offiziere in ihrer weiteren Laufbahn als Kriegsverbrecher traurige Berühmtheit erlangten, ist zwar bedauerlich aber nicht zu ändern, denn laut Verteidigungsministerium werden durch die Weiterbildung mittel- bis langfristig positive Multiplikatoren in den unterschiedlichen Staaten gewonnen. Im Freundeskreis trifft sich, wer in Hamburg Rang und Namen hat(te): Werner Otto (Gründer des Ottoimperiums), Helmut Greve (Immobilien), Albert Darhoven (Kaffee), Volker Rühe (ehemaliger Verteidigungsminister), Henning Voscherau (ehemaliger Bürgermeister), Helmut Schmidt (Uralt Bundeskanzler), Militärs, Konsule, Wirtschaftskapitäne, Politiker. Sie kümmern sich um die Betreuung und Unterstützung der "Gastoffiziere" und ihrer Familien. Die Hamburger Bürgerschaft ist korporatives Mitglieg. Martin Willich, Gründungsmitglied des Vereins und mit betont ungebrochenem Verhältnis zur Bundeswehr und Verbundenheit zu Deutschland bezeichnet den Freundeskreis als eines der besten militärisch-diplomatischen Instrumente der BRD. Willichs Haus wurde mit Farbe markiert.

Auch das Eigenheim des FDP-Verteidigungsexperten Burkhardt Müller-Sönksen in der Bernwardkoppel, über dem die Deutschlandfahne flattert, ist mit Farbbeuteln beworfen worden. Müller-Sönksen ist im Freundeskreis Ausbildung ausländischer Offiziere und hat mehrfach den Ausbildungsauftrag für Soldaten "befreundeter Staaten" verteidigt und erst kürzlich die Fortbildung usbekischer Teilnehmer. Zur Begründung gab er an, daß Usbekistan sehr wichtig sei für die Versorgung der Bundeswehr in Afghanistan und für ihren baldigen Abzug von dort. Müller-Sönksen ist Verfasser eines Positionspapiers der FDP bezüglich des sogenannten Veteranentages. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr gehen nunmehr in ihr drittes Jahrzehnt und über 300.000 deutsche Soldat_innen waren weltweit stationiert. Die FDP und das Verteidigungsministerium wünschen sich einen ständigen Feier- und Ehrentag für die Veteranen. Müller-Sönksen fordert eine "Veteranenkarte", mit der Soldat_innen Vorteile bei staatlichen Einrichtungen und Unternehmen bekommen sollen, ebenfalls z.B. Vergütungen in Restaurants, Theatern etc. Die Wirtschaft soll ebenfalls die Initiative ergreifen und sich zu den Streitkräften bekennen. Im Bundestag und im Verteidigungsausschuß hat sich Müller-Sönksen engagiert für eine Erweiterung der EU-Mission vor Somalia eingesetzt. Der Bundeswehr ist es jetzt "erlaubt" in einem Küstenstreifen von 2 Kilometern Tiefe "Piraten" anzugreifen.

Im mit Farbe markierten Loogestieg 17 wohnt Hans Janus, Vorstand von Euler Hermes Kreditversicherungen, befaßt mit den Exportkreditgarantien der Bundesregierung. Hermes Bürgschaften schützen Exporteure vor Verlusten durch ausbleibende Zahlungen, sind also quasi eine indirekte Subvention. Insbesondere im Rüstungsgeschäft ist die Gewährung von Exportkreditgarantien extrem wichtig. Von 2000 bis 2010 deckte Euler Hermes ein Auftragsvolumen für deutsche Rüstungsprojekte in Höhe von 7 Milliarden Euro ab. Der größte Posten war der Verkauf von Kriegsschiffen durch Thyssen Krupp Marine Systems. 2011 wurden Militärschiffe von Thyssen Krupp, darunter U-Bootlieferungen an die Türkei, mit 2,5 Milliarden Euro abgesichert. Da die Genehmigungen nicht veröffentlicht werden müssen, ist davon auszugehen, daß das tatsächlich gewährte Kreditaufkommen noch höher ausfällt.

In der Schlenzigstrasse 6, Sitz der Wärtsilä Deutschland GmbH, wurde unter mehreren Autos feuer gelegt. Wärtsilä produziert Schiffspropeller und Schiffsdieselmotoren für Kriegsschiffe aller Art: U-Boote, Fregatten, Zerstörer, ... Zu den Kunden von Wärtsilä gehört Thyssen Krupp Marine Systems.

In der Krögerkoppel wurde ein Siemens-Kfz tiefergelegt und die Scheiben eingeschlagen.

Krieg dem Krieg es gibt kein ruhiges Hinterland!

WAR STARTS HERE - LETS STOP IT HERE

Quelle: directactionde.ucrony.net





Eingang Jana Schiedeck



Erneute Buttersäureaktion am Mövenpig-Hotel

Wie aus gewöhnlich gut informierten Hotelkreisen zu erfahren war, fand wohl am 07./08. Oktober 2012 zum wiederholten Male eine Buttersäureaktion am Hotel statt; demnach wurde die Buttersäure durch die Belüftungsanlage (Anluft) ins Gebäude gebracht. Von Seiten des Hotels und der Staats-macht wurde dieses Mal allerdings das Deckmäntelchen des Schweigens über diesen Vorfall gelegt. In der Vergangenheit wurde doch regelmäßig über solche Aktionen berichtet.

Angriff aufs Haus 73 Diskothek im Schanzenviertel in Hamburg!

Wir haben in der Nacht vom 05.09. auf 06.09. die Diskothek Haus 73 mit Farbe angegriffen. Leider wurde noch vor der Öffnung des Ladens am 06.09. die Scheiben wieder gereinigt. Wir schauen nicht länger tatenlos zu wie der Rassismus weiter voranschreitet. Das Haus 73 fiel immer wieder damit auf, Rassistische Einlass Kontrollen durchzuführen, Türsteher vom "Kulturhaus 73" weisen türkischstämmige Männer ab / Mitarbeiterin erklärt: „Meistens sorgen Ausländer für Ärger".

Immer wieder kamen von den Türstehern als Begründung „etwas von neuen Prinzipien und Grundsätzen umzusetzen". Und dunkelhäutige Menschen haben erst recht keine Chance rein zu komm. Nicht nur das Haus 73 sondern auch andere Diskotheken z.b. auf der Reeperbahn setzten stark auf Rassistische Ausschlussverfahren um nicht mehr in den Club rein zu kommen. Deutsch aussehende Menschen haben kaum Probleme in Diskotheken rein zu kommen, dagegen haben z.b. dunkelhäutige Menschen kaum eine Chance und werden mit Sprüchen wie „ neben an ist ein Afroclub da könnt ihr hin gehen".

Und auch hinter dem Haus 73 der Flora Park ist von Polizeilichen Rassistischen Kontrollen betroffen. Diese werden dort fast regelmäßig gegen Mittagszeit vollzogen. Dunkelhäutige Menschen die sich zu der Zeit im Flora Park oder davor/dahinter aufhalten werden als Drogen Dealer beschuldigt, und mit Repressionen und auch Körperlicher Gewalt vollstreckt. Das PK 16 (Lerchenwache) zieht diese Maßnahmen dort durch, und sind schon Jahre lang unter anderen dadurch bekannt. Als ganz besonders schlimm empfinden wird das das Haus 73 direkt neben der Roten Flora solche Rassistischen dinge durchzieht. So etwas kann nicht länger ohne Widerstand hingenommen werden. Z.b. Das Pogromen in Rostock zeigt was Rassismus anrichten kann. Auch wenn es schon 20 Jahre her ist der Rassismus ist immer noch in sehr vielen Köpfen gefestigt.

Das der Angriff nicht in der Presse stand wundert uns nicht, das Haus 73 stand vor ein paar Jahren stark in der Kritik in der Presse wegen den Rassistischen Vorfällen, da möchten die das jetzt nicht wieder neu auf fachen. Deshalb wohl auch die schnelle Säuberungsaktion an den Fenstern.

Das Problem heisst Rassismus!

Rassismus raus aus den Köpfen!

Ob in Rostock in Hamburg oder sonst wo auf der Welt!

Anti Racist Action Group

Quelle: linksunten

Aktion gegen die Hamburger Justizsenatorin Jana Schiedek, Brigittenstrasse 7

Freiheit und Glück für Sonja und Christian

Anlässlich des Prozessauftaktes gegen Sonja Suder und Christian Gauger am Landgericht Frankfurt haben wir heute vor dem Haus der Hamburger Justizsenatorin Reifen entzündet, die Tür eingeschlagen und Farbflaschen gegen das Gebäude geworfen.

Sonja Suder und Christian Gauger haben an den militanten Kämpfen der 1960er und 1970er in der Bundesrepublik Deutschland teilgenommen. Ihnen wird die Mitgliedschaft in der Stadtguerillaorganisation Revolutionäre Zellen (HZ) vorgeworfen. Im Besonderen sollen sie sich 1977/78 an zwei Bombenanschlägen beteiligt haben gegen Firmen, die an der Herstellung südafrikanischer Atombomben und dem Bau von Pumpen für Akw´s arbeiteten. Des weiteren sind sie angeklagt, an einem Brandanschlag auf das Heidelberger Schloss im Mai 1978 mitgewirkt zu haben, welches die Skandalisierung der Kahlschlagsanierung in Heidelberg zum Ziel hatte. Sonja wird zusätzlich logistische Hilfeleistung für die Aktion gegen die OPEC 1975 vorgehalten. Im Herbst 1978 gingen die beiden Genoss_innen ins Exil nach Frankreich, um einer drohenden Verhaftung. Zu entgehen. Nach 22 Jahren wurden sie in Paris festgenommen, für einige Monate in Haft genommen und gegen die Zahlung einer geringen Kaution entlassen. Eine Auslieferung nach Deutschland wurde erst mal abgelehnt. 2010 gab die französische Justiz dann grünes Licht für eine Abschiebung und vor etwa einem Jahr wurden Sonja und Christian nach Deutschland gebracht. Sonia in den Knast Frankfurt Preungesheim und Christian in ein Haftkrankenhaus. 1997 hatte er einen Herzstillstand erlitten und braucht seitdem umfangreiche Betreuung. Sein Gedächtnis wurde erheblich beeinträchtigt. Obwohl er nicht "haftfähig" ist, erhielt er erst nach einem Monat Haftverschonung. Unsere Solidarität mit Sonja und Christian beinhaltet die Verteidigung des umfangreichen Erfahrungsschatzes revolutionärer Theorie und Praxis von RZ und Roter Zora gegen jegliche Kriminalisierung. Themen wie. Anti-AKW Widerstand, Kahlschlagsanierung bzw. Gentrifizierung, internationalistische Solidarität, Freiheit bzw. Befreiung der Gefangenen sind nach wie vor noch aktuell und werden von der radikalen Linken mitunter auch militant angegangen.

Als Militante unterstützen wir die konsequente Ablehnung eines Deals mit der Justiz. Sonja und Christian haben vor 10 Jahren das Angebot der Staatsanwaltschaft (Haftverschonung und Bewährungsstrafe bei Geständnis und Rückkehr nach Deutschland) abgelehnt. Sie wollten ihre "Geschichte" nicht verraten, die auch für uns Jüngere von Bedeutung ist. Wir haben Respekt vor dieser Entscheidung, zumal der Aufenthalt im Knast im fortgeschrittenen Alter nicht leichter wird. Sonja hat in einem Interview gesagt: "Wenn Du vorher ausgemacht hast: Wenn einmal was passiert, dann kein Wort, keine Aussage, dann hast Du ein sehr sicheres Gefühl."

Vom Heidelberger Schloss zum Penthouse

Brigittenstrasse 7

Der Brandanschlag auf das Heidelberger Schloss war nicht die einzige Aktion der RZ gegen die Umstrukturierung der Städte. Anschläge wurden durchgeführt u.a. gegen die Neue Heimat in Berlin, gegen den berüchtigten Grundstücksspekulanten Kaussen in Köln, gegen den Leiter des Liegenschaftsamtes in Frankfurt/Main ...

In Hamburg ist das Thema Gentrifitierung seit einigen Jahren in aller Munde und radikaler Widerstand müht sich ab gegen die Verdrängung ärmerer Bewohner_innen aus den Innenstadtvierteln an den Stadtrand, gegen "Mietenwahnsinn". Auf St. Pauli sind Nettokaltmieten von 10 Euro/m² und mehr schon zur Normalität geworden. Wohin mensch schaut entstehen teure Miet- und Eigentumswohnungen. Sie haben wohlklingende Namen wie Bernhard-Nochtquartier (u.a. 17 Euro netto kalt!), Frida Schanze, Budapester Lofts, Kristall etc. Penthousewohnungen werden z.B. in der Thadenstrasse, Beim grünen Jäger, Bernhard Nocht Ecke Antonistrasse ... ab 400-500.000 Euro veräußert. Je höher die Wohnung gelegen, desto teurer ist sie auch. Schaut mensch an der Ecke Brigittenstrasse Ecke Bleicherstrasse in die Höhe, ist dort dem Himmel nahe das Penthouse mit Dachgarten der Jana Schiedek, Justizsenatorin, und ihres Ehemannes namens Single, seines Zeichens IT-Spezialist, zu erblicken. Sie stehen auf das "freakige" Flair von St. Pauli, die Nähe zum Stadion ihres Fußballclubs, ihre Hochzeitsfeier fand in der Location über dem Pudelclub statt, ganz lässig...

Wir, und vermutlich auch Anwohner_innen, die bisher noch nichts von der "Prominenz" ihrer Nachbarin wussten, haben allerdings keine Lust, dass die Justizsenatorin, welche die miesen Bedingungen in Hamburgs Gefängnissen zu verantworten hat, über den Dächern von St.Pauli wohnt. Umstände, die Ali Ihsan Kitay, der gerade in Hamburg vor Gericht steht wegen Mitgliedschaft in der PKK, so beschreibt: "Meine Haftbedingungen sind sehr schwierig. Es sind keine Bedingungen, die ein Mensch aushalten kann. Während meiner Inhaftierung haben sich bereits fünf Mitgefangene das Leben genommen und viele haben Suizid-Versuche unternommen. Die hiesigen Haftbedingungen und praktischen Maßnahmen werden zum Tod von noch mehr Gefangenen führen. ... Damit möchte ich betonen, dass, wenn kein öffentlicher Protest geäußert und Widerstand gebildet wird, diese Selbstmorde kein Ende haben werden." Ali Ihsan Kitay hat bereits 20 Jahre in türkischen Gefängnissen gesessen und ist dort schwer gefoltert worden. Seit über einem Jahr wird er im Hamburger Untersuchungsgefängnis gefangen gehalten. Statt sich mit der Häufung von "Selbstmorden" in Hamburger Knästen zu beschäftigen, kümmert sich Schiedek um dass Wohlergehen Hamburger Schliesser_innen, die zunehmend an burn out leiden, wenn sie nicht gerade auf Facebook ihre Mordphantasien ausleben. Oder sie besorgt das Wegschließen von Schulschwän¬zer_innen auf Geheiß ihres Senatorenkollegen Rabe in den Jugendknast Hahnöfersand...

Also: Schiedek verpiss Dich! Freiheit für Sonja Suder, All Ihsan Kitay und für die gefangenen Piraten! Solidarität ist die Zärtlichkeit revolutionärer Subversion Hamburg, 24.9.2012

Ran an die laufenden Anlagen – Mox-Transporte stoppen!

Nach Fukushima schien es kurzfristig möglich, dass alle AKW in der brd sofort vom Netz genommen werden könnten. Doch nach wenigen Wochen war klar, 8 ohnehin schon angezählte Altreaktoren gingen vom Netz, der Großteil der Anlagen wird weiterlaufen und eine Laufzeitverlängerung verpasst bekommen. Im Schnitt noch mindestens ein Jahrzehnt sollen die Anlagen noch laufen, und wer weiß ob sich die atompolitische Großwetterlage bis dahin nicht gedreht hat. Für die Anti-AKW-Bewegung also kein Grund aufzuhören und nach Hause zu gehen – die Auseinandersetzung geht weiter. Gerade die aktuelle Debatte um das Erneuerbare Energiengesetz macht deutlich das sich die großen Atomkonzerne noch lange nicht geschlagen geben. Durch die zumindest bis 2014 wegfallenden Castortransporten wird es für die Bewegung jedoch nicht gerade leichter Druck auszuüben. Menschenketten und Demonstrationen sind zwar öffentlichkeitswirksam in Zeiten von Wahlen, einen wirklichen Aktionshebel gegen den Betrieb der AKW stellen sie jedoch nicht dar.

In der Vergangenheit gab es immer wieder Versuche in den Normalbetrieb der AKW einzugreifen, richtig gefruchtet haben diese aber bisher nicht. Dies könnte sich bald ändern, denn mit der Blockade der Anlieferung von MOX-Brennelementen haben AktivistInnen in Grohnde und Nordenhamm den Betreibern gehörig auf den Zahn gefühlt. Mehr als 1300 Beamte waren nötig um die Anlieferung der plutoniumhaltigen Brennelemente am 24.9. ins AKW Grohnde durch zu setzen.

Das Spezialtransportschiff Atlantik Osprey, (1986 in Hamburg gebaut), das den Betreibern der WAA Sellafield gehört, schaltete kurz nach dem Ablegen in Großbritannien seine automatische Schiffskennung (AIS) aus, um nicht von AktivistInnen bei der Überquerung des Kanals beobachtet werden zu können. Wo sich das Schiff aufhielt wurde aber spätestens an der deutschen Seegrenze klar, da es einen Schwarm von drei großen Polizeischiffen um sich hatte, um die wiederum ein gutes Dutzend Schlauchboote sausten. Dennoch gelang es einigen AktivistInnen von Greenpeace den Bugwulst des Schiffes zu besetzen, und paddelnde Kanuten wuselten durch das Hafenbecken von Nordenhamm als das Schiff anlegen wollte.

Mit Ankunft des Schiffes gegen 16.30 Uhr blockierten 50 AtomkraftgegnerInnen mit einer Sitzblockade die Ausfahrt des Anlegers. Nachdem der Räumung der Blockade verließen die beiden Tieflader das Schiff, mussten aber nur wenige Kilometer später wieder wegen einer Ankettaktion pausieren. In Grohnde hatten sich das ganze Wochenende über Menschen an einer Mahnwache vor dem AKW versammelt, die sich am späten Abend auf den Weg machte, eine Tripodaktion auf der Zufahrtsstraße zum AKW zu unterstützen. Insgesamt waren an den Aktionen in Nordenham und Grohnde zwischen 150 und 200 Menschen, Trecker und Schlauchboote beteiligt, die aufzeigten, dass auch die für den Betrieb von AKW so wichtigen Versorgungstransporte angreifbar sind. Mitlerweile haben sich die Gemeinden Nordenham und Hameln, sowie die die umliegenden Kreise sich gegen weitere Transporte ausgesprochen, und dies nicht ohne Grund. Ein zweiter Transport nach Grohnde ist für den November angekündigt, und bereits am 3.11 gibt es in Grohnde und Nordenhamm ein Warmlaufen dafür (http://grohnde.wordpress.com/grohnde-e-on/ oder http://anti-atom.org/).

Gruppen und Personen aus dem Hamburger Anti-Atomplenum (trifft sich jeden 2. Montag im Monat um 18 im Centro sociale) haben sich für den nächsten Transport in Nordenhamm verabredet, und freuen sich sicherlich auch über Zulauf. Aktuelle Informationen zu MOX-Transporten und einen Twitterservice findet mensch auch immer bei contratom.de



Normalbetrieb

19.10.12. Asse .Mensch glaubt in Sachen Asse könnte es nichts mehr geben was die bisherigen Informationen toppen könnte. Jetzt aber scheint es, dass das Bundesamt für Strahlenschutz ganze Schächte voller Atomüll nicht wiederfinden kann. Laut Junger Welt vom 19.10. „haben die Bohrmannschaften das Verschlußbauwerk [der Kammer 7]inzwischen 24,5 Meter tief durchbohrt – und sind immer noch nicht auf den erwarteten Hohlraum gestoßen.Die genauen Gründe dafür kennen die Fachleute nicht. Die tatsächliche Lage der Einlagerungskammer sei in den 1980er Jahren wohl nicht so exakt dokumentiert worden, wie das heute üblich wäre, sagte gestern der Technische Geschäftsführer der Asse-Gmbh, Jens Köhler. Außerdem könnte der stetige Gebirgsdruck Hohlräume in der Einlagerungskammer 7 zugedrückt haben. Das war zuvor auch schon bei einem untertägigen Schacht in 637 Meter Tiefe der Fall: Das Gebirge hatte auf einer Länge von 20 Metern den vier mal zweieinhalb Meter großen sogenannten »Blindschacht 2« komplett zusammengequetscht.“

Aktion

14.10.12
In einer Volksabstimmung über das geplante AKW Visaginas haben mehr als 60% der Litauischen WählerInnen gegen den Neubau gestimmt.



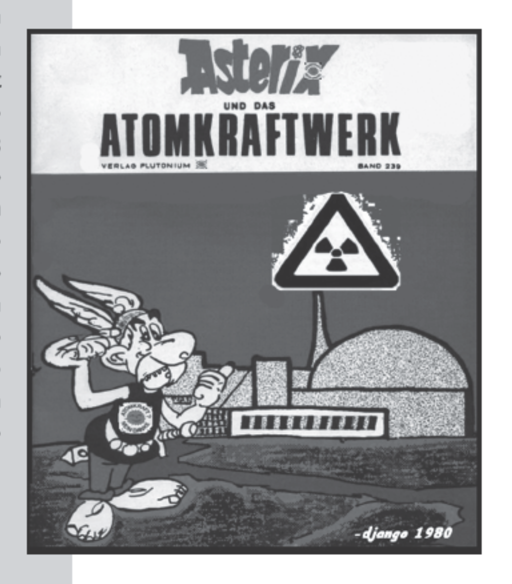
11.10. 12
Die "ANF" in Lingen produziert Brennelemente für Atomkraftwerke. Heute morgen wurde das Werk von Atomkraftgegner heimgesucht und mit einer Kletter- und Blockadeaktion für Stunden dicht gemacht.
AktivistInnen von Robin Wood und von Antiatominitiativen aus Osnabrück und dem Münsterland protestieren seit etwa 6.00 Uhr auf der Zufahrtstraße der Brennelementefabrik. Zwei AtomkraftgegnerInnen kletterten auf Bäume und spannten Seile mit Transparenten quer über die Hauptzufahrt, zehn weitere AktivistInnen beteiligen sich an der Aktion mit einer Sitzblockade. Die Protestierenden fordern die sofortige Stilllegung der Uranfabriken in Lingen und Gronau.


30.9.12
Am heute stattfindenden internationalen Uran-Aktionstag protestierten Aktivisten von Bürgerinitiativen und Robin Wood in Rendsburg gegen den Energiekonzern Eon und Atomtransporte auf dem Nord-Ostsee-Kanal. Sie fordern den sofortigen Atomausstieg, die Stilllegung der Urananreicherungsanlagen und ein Stopp von Atomtransporten.




30.09.12
AtomkraftgegnerInnen der Fukushima Mahnwache Schönberg und der Kieler Bürgerinneninitiative gegen Atomanlagen nahmen am Samstag – reich dekoriert mit Anti-Atom-Fahnen und Trikots – in einem Drachenboot in der Amateur-Klasse am Fun Cup teil. Ein Aktivist von Robin Wood entrollte in luftiger Höhe an einem Fahnenmast um 11 Uhr ein Transparent mit der Aufschrift „Stop Atomtransporte!".

10.9.12
Kudankulam
Nach Plänen der indischen Regierung soll Atomenergie in einigen Jahrzehnten ein Drittel des Stromes in Indien erzeugen. Hiergegen leistet die Bevölkerung massiven Widerstand. Am 10.September ging die Polizei mit Schlagstöcken und Tränengasgranaten gegen Demonstrierende am Strand vor und trieb die Menschen ins Meer. Noch am gleichen Tag kam es zu Solidaritätsaktionen in der ganzen Region. In Mapadan, etwa 50 km von Kudankulam entfernt, erschoss die Polizei den Fischer Anthony John. Wenige Tage später wurde Sahayam Francis Opfer des Staatsterrors. Bei friedlichen Demonstrationen Verhaftete werden wegen bewaffnetem Aufruhr angeklagt. AKW-GegnerInnen von auswärts werden schon auf dem Weg nach Kudankulam festgenommen.(aus einer Rede des ABC-Neckarwestheim)





Florawand im September







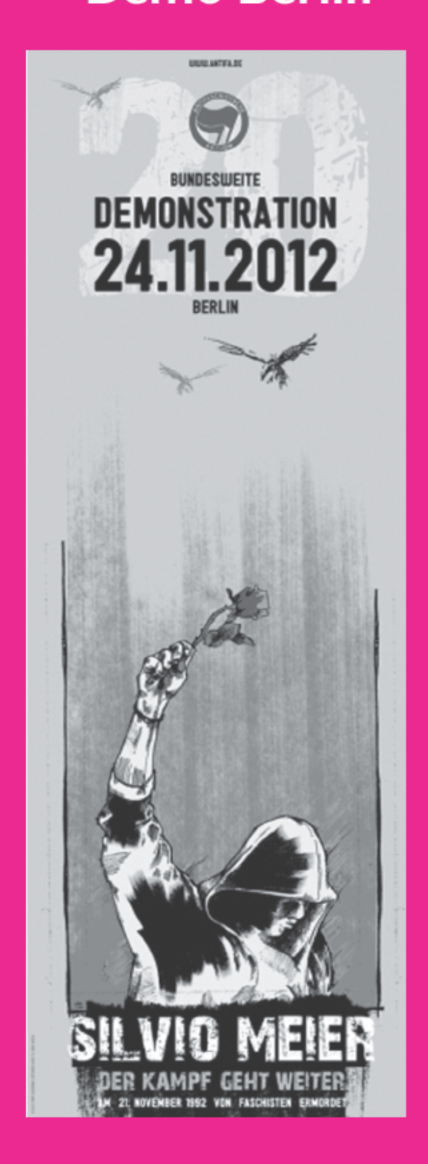


Flora Temine unter rote-flora.de

weitere Termine:

17.11.
Demo und Konzert Möln

24.11.
Demo Berlin



Regelmässige Termine in der Flora

Montag:
Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr) - Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr
Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr - Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007) -
Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr
Jeden 15. im Monat Autonome VV 19.30 Uhr